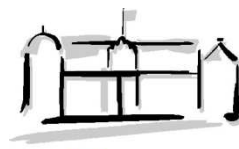


Stadt Celle

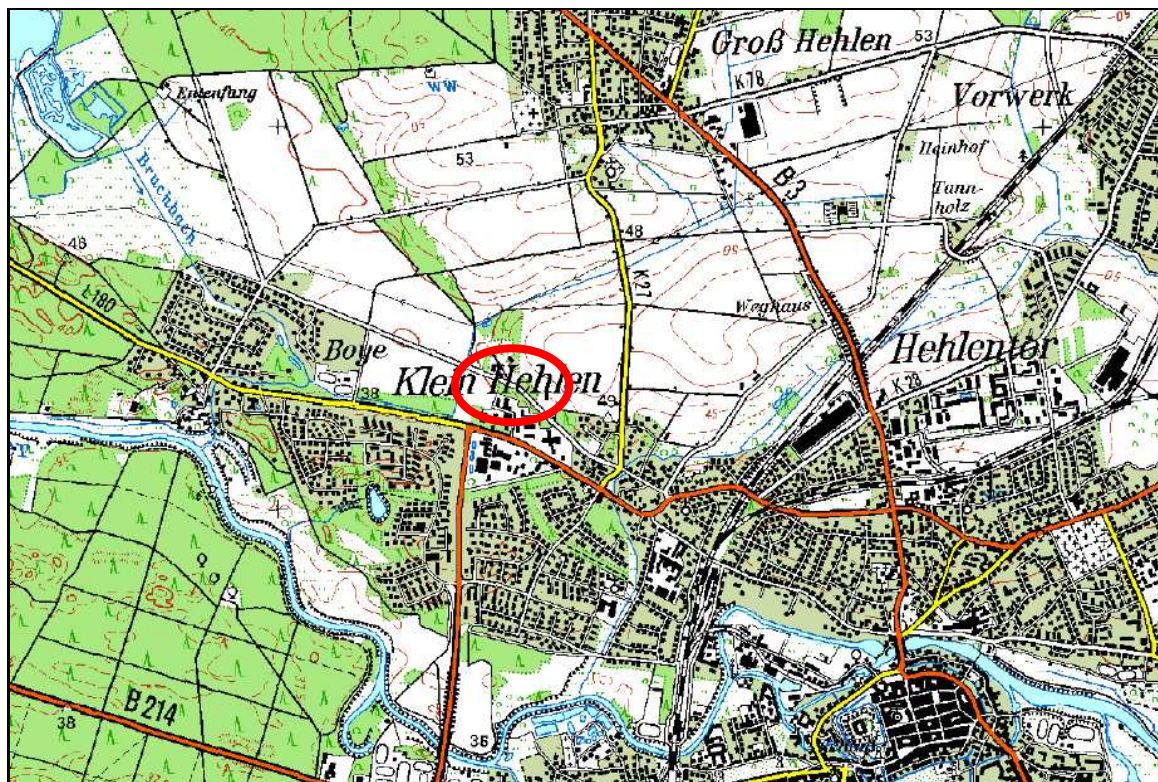


Residenzstadt
Celle

Vorhabenbezogener
Bebauungsplan Nr. 16

„Erweiterung Biogasanlage Hollenkamp“

Begründung



Übersicht

Stadt Celle – Der Oberbürgermeister
Fachbereich 3 – Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt
Fachdienst 60 – Stadtentwicklungsplanung

Telefon 0 51 41 / 12-0 • Fax 0 51 41 / 12-628
Am Französischen Garten 1 • 29221 Celle

Stand:
10.05.2016
(Satzungsfassung)

Planverfasser:



Vorhabenträger:

Bio-Energie Kl.-Hehlen GmbH u. Co. KG
Hollenkamp 2
29223 Celle

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	5
2	Räumlicher Geltungsbereich	5
2.1	Lage und Eingrenzung.....	5
2.2	Umgebung	6
2.3	Zugehörige Flächen und Eigentumsverhältnisse	6
3	Planerische Vorgaben.....	6
3.1	Landes- und Regionalplanung	6
3.2	Flächennutzungsplan.....	8
3.3	Bebauungsplanung.....	9
3.4	Landschaftsplanung	9
3.5	Sonstiges Städtebaurecht.....	9
3.6	Satzungen nach Ortsrecht	9
3.7	Natur- und Landschaftsschutz	9
3.8	Bestehende informelle Planungen	9
3.9	Luftverkehrsgesetz/Nähe zum Flugplatz Wietzenbruch	9
3.10	Sonstige Vorgaben und Nutzungsbeschränkungen	10
4	Bestandsbeschreibung.....	10
4.1	Nutzung	10
4.2	Natur und Landschaft	10
4.3	Verkehr.....	11
4.4	Technische Infrastruktur	12
4.5	Immissionen	12
5	Anlass und Ziele der Planung	12
5.1	Veranlassung	12
5.2	Ziele und Zwecke (§ 2a Satz 2 Nr. 1 BauGB)	12
5.3	Erforderlichkeit (§ 1 Abs. 3 BauGB).....	13
5.4	Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 BauGB).....	13
5.5	Alternativenprüfung bezüglich der Standortwahl.....	13
6	Planinhalte	14
6.1	Städtebauliche Grundkonzeption.....	14
6.2	Art und Maß der baulichen Nutzung	14

6.3	Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen, Nebenanlagen.....	15
6.4	Gestaltung baulicher Anlagen.....	16
6.5	Verkehr.....	16
6.5	Technische Infrastruktur	17
6.7	Pflanzflächen und -maßnahmen	17
6.8	Eingriff in Natur und Landschaft / Kompensation	18
6.9	Immissionsschutz	18
6.10	Hinweise.....	21
7	Umweltbericht	21
7.1	Einleitung.....	21
7.2	Ziele und Inhalt des Bebauungsplans	22
7.3	Ziele des Umweltschutzes	22
7.4	Umweltzustand.....	24
7.5	Prognose der Umweltentwicklung sowie Darlegung von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen (Eingriffsbilanz)	32
7.5.1	Eingriffsbilanz	36
7.6	Alternative Planungsmöglichkeiten	38
7.7	Beschreibung der Umweltprüfung.....	38
7.8	Monitoring.....	39
7.9	Zusammenfassung	39
8	Auswirkungen der Planung	40
9	Kosten und Finanzierung	40
9.1	Finanzielle Auswirkungen auf Dritte.....	40
9.2	Art der Finanzierung	41
10	Realisierung.....	41
11	Verfahren	41
12	Rechtsgrundlagen.....	42
Anlage 1	Biotoptypenkarte zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 der Stadt Celle „Erweiterung der Biogasanlage Hollenkamp“,	
Anlage 2	Erfassung der Biotoptypen, gefährdeter Pflanzenarten und Brutvogel-vorkommen so- wie Bewertung der Fläche für die erfassten Artengruppen im Bereich des VBB Celle Nr. 16 „Biogasanlage Hollenkamp“	
Anlage 3	Schalltechnisches Gutachten, Immissionsprognose für die Erweiterung einer Biogas- anlage in Celle / Klein Hehlen	
Anlage 4	Gutachtliche Stellungnahme zu den Geruchsemissionen und -immissionen im Rah- men der Erweiterung einer Biogasanlage	
Anlage 5	Stellungnahme zu den Themen Wald und Landschaftsbild „Erweiterung Biogasanlage Klein Hehlen“	
Anlage 6	Anlagenplanung zur Erweiterung der Biogasanlage Hemme, Biogas Nord	
Anlage 7	Absichtserklärung zur Abwärmenutzung durch die Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz	
Anlage 8	Absichtserklärung zur Abwärmenutzung durch die Winterhoff Edelstahl GmbH	
Anlage 9	Verteilung der bestehenden und zu erwartenden Fahrverkehre im Bereich der Biogas- anlage Hollenkamp	

Anlage 10	Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP)
Anlage 11	Grünordnungsplan (GOP)
Anlage 12	Trasse der bestehenden Wärmeleitung
Anlage 13	Anbauflächenkarte
Anlage 14	Auswirkungsanalyse zur Ermittlung von angemessenen Abständen
Anlage 15	Gutachterliche Aussagen zur Zusatzbelastung durch Verkehrslärm

1 Einführung

Anlass zur Aufstellung dieses Vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist die geplante Erweiterung der am Standort in Celle bestehenden Biogasanlage Hollenkamp. Vorgesehen ist eine Leistungssteigerung auf mehr als 2,3 Mio. Normkubikmeter Biogas pro Jahr. Damit sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen einer „Privilegierung“ des Vorhabens im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 6d BauGB nicht mehr gegeben, weshalb eine verbindliche Bauleitplanung über einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan notwendig ist.

Mit der Aufstellung des vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 „Erweiterung Biogasanlage Hollenkamp“ könnte der bereits bestehende Biogasanlagenstandort effektiver genutzt und gleichzeitig der Anteil erneuerbarer Energien in Celle gesteigert werden sowie die wirtschaftliche Sicherung der involvierten Unternehmen erfolgen. Die Versorgung der Anlage mit Biomasse kann über die Flächen der beteiligten landwirtschaftlichen Betriebe gewährleistet werden.

Um dem „Entwicklungsgebot“ (Übereinstimmung zwischen vorbereitender und verbindlicher Bauleitplanung) gemäß § 8 Abs. 2 BauGB nachzukommen, wird parallel zu dem vorliegenden Bebauungsplan die 84. Änderung des Flächennutzungsplans (Darstellung einer Sonderbaufläche) durchgeführt.

2 Räumlicher Geltungsbereich

2.1 Lage und Eingrenzung



Abb. 1: Übersichtsplan des Geltungsbereichs zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 der Stadt Celle

Der Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 16 befindet sich ca. 2,5 km nord-westlich des Stadtzentrums der Stadt Celle im Ortsteil Klein-Hehlen. Er ist hinter einer kleineren Waldfläche nördlich der Straße Hollenkamp gelegen. Der Geltungsbereich um-

fasst ca. 4,5 ha. Die Lage des Plangebiets ergibt sich aus der direkten Nähe zum Standort einer bereits bestehenden Biogasanlage und ist der obigen Abbildung sowie der Planzeichnung zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 „Erweiterung Biogasanlage Hollenkamp“ zu entnehmen.

2.2 Umgebung

Das Plangebiet grenzt, entsprechend den Darstellungen des Flächennutzungsplans (vgl. Abb. 2) im Norden, Osten sowie Westen an landwirtschaftliche Nutzflächen, die überwiegend intensiv ackerbaulich genutzt werden. Süd-westlich des Geltungsbereiches befinden sich in einiger Entfernung dichte Gehölzstrukturen, es handelt sich hier um einen Kiefernforst. Südlich des Plangebietes verläuft die Straße Hollenkamp. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite schließt sich der vorgenannte Kiefernforst parallel zur Straßenverkehrsfläche auf einer Breite von ca. 40 m weiter an. Angrenzend an diese Waldflächen befinden sich die „Sonderbauflächen Landesfeuerwehrschule“, die mit großvolumigen Gebäudekomplexen und Stellplatzflächen versehen sind. Es handelt sich hierbei, um die Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK).

Die Ortschaft Klein Hehlen liegt in ca. 300 m Entfernung in südöstlicher Richtung. Westlich der geplanten Erweiterung befindet sich im Abstand von ca. 100 m die nächstgelegene Wohnbebauung (Wohnhaus Hollenkamp Nr. 40). Alle weiteren Gebäude in vergleichbarem Abstand werden wie vorstehend beschrieben gewerblich genutzt.

2.3 Zugehörige Flächen und Eigentumsverhältnisse

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um die Erweiterung einer bereits bestehenden Biogasanlage auf dem Flurstück 40/2, Flur 116, Gemarkung Klein Hehlen. Weitere Flächen sind nicht betroffen. Der Vorhabenträger, die Bio-Energie Kl.-Hehlen GmbH u. Co. KG, ist gleichzeitig Eigentümer der Flächen.

3 Planerische Vorgaben

3.1 Landes- und Regionalplanung

Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2012

Das Ziel, eine zusammenfassende Planung für den Planungsraum „Landkreis Celle“ zu erarbeiten und durch die Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu ordnen und zu sichern, hat auf der Grundlage des Landes-Raumordnungsprogramms des Landes Niedersachsen (LROP, Stand 2012) zu erfolgen. Die Zielvorgaben des Landes-Raumordnungsprogramms sind verbindlich und in nachgeordneten Planungen zu berücksichtigen.

Das LROP 2012 regt zu einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung des Landes Niedersachsen und seiner Teilräume, als Voraussetzung für umweltgerechten Wohlstand auch für kommende Generationen, an. Durch koordiniertes Zusammenwirken des Landes und der Träger der Regionalplanung sollen die regionalspezifischen Entwicklungspotenziale ausgeschöpft und den Besonderheiten der teilräumlichen Entwicklung Rechnung getragen werden. Des Weiteren sollen Planungen und Maßnahmen zur Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes zu nachhaltigem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit beitragen (vgl. LROP, 1.1 01+ 02).

Bezüglich der ländlichen Regionen sagt das LROP aus, dass diese sowohl mit ihren gewerblich-industriellen Strukturen als auch als Lebens-, Wirtschaft- und Naturräume mit eigenem Profil erhalten und so weiterentwickelt werden sollen, dass sie zur Innovationsfähigkeit und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Wirtschaft dauerhaft einen wesentlichen Beitrag leisten können (vgl. LROP, 1.1 07). Dabei sollen laut den Zielen und

Grundsätzen zur Entwicklung der technischen Infrastruktur und der raumstrukturellen Standortpotenziale die Nutzung einheimischer Energieträger und erneuerbarer Energien unterstützt werden. Vorhandene Standorte, die bereits für die Energiegewinnung genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen (vgl. LROP, 4.2 01).

Die Ergänzung des LROP aus dem Jahr 2012 führt weiterhin aus, dass „zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien unabdingbare Voraussetzung ist. Dies soll auf regionaler Ebene unterstützt werden durch verstärkte Nutzung einheimischer Energieträger und erneuerbarer Energien. Die breite Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien führt zu Veränderungen in der Landnutzung, sie bietet aber auch Chancen für regionalwirtschaftliche Entwicklungen.“ (vgl. LROP, 4.2 01)

Des Weiteren soll „der raumverträgliche Ausbau der Erneuerbaren Energien [...] unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten von den Trägern der Regionalplanung auf der Grundlage regionaler Energiekonzepte raumordnerisch unterstützt werden.“ (Abschnitt 4.2 des LROP / Buchstabe k) der LROP-Änderungsverordnung)

Regionales Raumordnungsprogramm für den Landkreis Celle 2005

Für die Bauleitplanung ist das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Celle aus dem Jahr 2005 unmittelbar zu berücksichtigen. Dieses wurde nach den Vorgaben des LROP Stand 1994 erstellt, welches jedoch inzwischen in der Neufassung von 2012 vorliegt.

Insgesamt hat die Siedlungsentwicklung der Gemeinden unter folgenden Prämissen zu erfolgen:

- Die Zersiedelung der Landschaft ist zu verhindern (vgl. RROP, D 1.5 01)
- Die raumstrukturelle Eigenständigkeit von Siedlungsbereichen ist durch die Sicherung von angemessenen Freiräumen im Rahmen der Bauleitplanung zu gewährleisten (vgl. RROP, D 1.5 02)
- Die Siedlungsentwicklung ist an der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur auszurichten (vgl. RROP, D 3.6 01)

Unter dem Kapitel „Nutzung und Entwicklung natürlicher und raumstruktureller Standortvoraussetzungen“ schreibt das RROP des Weiteren vor, dass bei der Ausweisung und Erweiterung von Flächen für die gewerbliche Nutzung darauf zu achten ist, dass diese Flächen ökologischen und gestalterischen Anforderungen gerecht werden und neuartige wirtschaftliche Methoden zum Einsatz von regenerativen Energien eingesetzt werden (vgl. RROP, D 3.0 01). Der Landkreis Celle unterstützt die Nutzung erneuerbarer Energiequellen (vgl. RROP, D 3.5 02).

In der zeichnerischen Darstellung des Regionalen-Raumordnungsprogramms des Landkreises sind der nördliche Teil des Geltungsbereichs der vorliegenden Planung sowie die sich nördlich, östlich und westlich anschließenden Flächen als **Vorsorgegebiet für Landwirtschaft** dargestellt. Entsprechend den Landeszielen der Raumordnung (vgl. RROP, C 1.9 01) sind Vorsorgegebiete als Gebiete festzulegen, die für die räumliche und strukturelle Entwicklung des Landes von besonderer Bedeutung sind. Nähere Ausführungen dazu macht der Textteil des RROP jedoch nicht. Die Flächen des Vorsorgegebiets für Landwirtschaft werden zudem als **Gebiet zur Verbesserung der Landschaftsstruktur und des Naturhaushaltes** dargestellt. Hierzu besagt das RROP, dass geschädigte und an naturnaher Substanz verarmte Gebiete und ausgeräumte Landschaften so zu gestalten sind, dass ihr Naturhaushalt wieder funktionsfähig wird (vgl. RROP, C 2.1 05). Auf Grund dessen, dass die Planung die Erweiterung einer am Standort bereits bestehenden Biogasanlage vorsieht sind diesbezüglich keine negativen Auswirkungen auf die Ziele der Raumordnung zu erwarten.

Der südliche Bereich des Plangebietes stellt sich als Wald dar. Dieser Wald, bestehend aus Laub- und Nadelbäumen, bildet einen ergänzenden Sichtschutz auf die Anlage. Laut dem Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP, Ziffer 3.3 02) „sollen Bebauungen und störende Nutzungen einen ausreichenden Abstand vom Wald einhalten, der in der Bauleitplanung grundsätzlich zu berücksichtigen ist. Gründe für einen angemessenen Abstand sind

- die Erhaltung des Landschaftsbildes und der Schutz der Natur
- die Einhaltung von Sicherheitsabständen bei der Holzernte und bei Sturmwurf
- die Versicherungspflicht
- die Waldbrandvorsorge
- [...]“

Genauere Angaben macht das RROP nicht, so dass die Abstände von Bebauung und anderen Nutzungen zu Waldflächen variieren können und situationsbedingt anzupassen sind.

In der naturräumlichen Gliederung zählt das Plangebiet zu der naturräumlichen Einheit der Oberen Allerniederung sowie zu den Untereinheiten der Wolthausener Niederung und der Arloher Sandplatten. Die Wolthausener Niederung bildet den Übergang zwischen dem Geestgebiet und dem allerbegleitenden Dünenstreifen. Zu den naturräumlichen Landschaftseinheiten sagt das RROP aus, dass Kulturlandschaften erhalten und weiterentwickelt werden sollen (vgl. RROP, D 2.1 09).

Die vorstehenden Ausführungen zeigen auf, dass die vorliegende Planung mit den raumordnerischen Zielsetzungen vereinbar ist.

3.2 Flächennutzungsplan



Abb. 2: Ausschnitt aus dem geltenden Flächennutzungsplan der Stadt Celle (Plangebiet gesondert gekennzeichnet)

Entsprechend dem Flächennutzungsplan der Stadt Celle ist der Geltungsbereich des vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes bisher als *Fläche für die Landwirtschaft* sowie als *Fläche für Wald* dargestellt. Die umgebenden Flächen sind ebenfalls überwiegend der Landwirtschaft vorbehalten. Lediglich südlich des Plangebietes befindet sich eine großflächige Sonderbaufläche.

Die 84. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle (Darstellung einer Sonderbaufläche Biogasanlage) wird parallel zu dem vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 „Erweiterung Biogasanlage Hollenkamp“ durchgeführt, um dem „Entwicklungsgebot“ (Übereinstimmung zwischen vorbereitender und verbindlicher Bauleitplanung) gemäß § 8 Abs. 2 BauGB nachzukommen.

3.3 Bebauungsplanung

Bebauungspläne, die bei der vorliegenden Planung zu berücksichtigen wären, liegen nicht vor.

3.4 Landschaftsplanung

Die detaillierten Aussagen des in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplans der Stadt Celle, sowie des Landschaftsplans der Stadt Celle werden im Umweltbericht wiedergegeben.

3.5 Sonstiges Städtebaurecht

Außenbereich nach § 35 BauGB

Da die derzeit bestehende Anlage den seinerzeit in § 35 Abs. 1 Nr. 6d BauGB verankerten Schwellenwert von 0,5 MW elektrischer Leistung nicht überschreitet, handelt es sich entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Baugesetzbuches bisher um eine privilegierte Anlage. Es bestehen für den Geltungsbereich kein Bebauungsplan und auch keine Außenbereichssatzung. Auf Grund der vorgesehenen Leistungssteigerung wäre die Anlage nach Umsetzung der Planung auch auf Grundlage des neuen im BauGB verankerten Schwellenwertes nicht mehr den privilegierten Anlagen im Außenbereich zuzuordnen, so dass der vorliegende Vorhabenbezogene Bebauungsplan Voraussetzung für die geplante Erweiterung ist.

3.6 Satzungen nach Ortsrecht

Satzungen nach Ortsrecht bestehen für den vorliegenden Bereich der Stadt Celle nicht.

3.7 Natur- und Landschaftsschutz

Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes werden im Umweltbericht dieser Begründung (vgl. Kapitel 7) eingehend erörtert.

3.8 Bestehende informelle Planungen

Es liegen bislang keine bestehenden informellen Planungen vor.

3.9 Luftverkehrsgesetz/Nähe zum Flugplatz Wietzenbruch

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegt teilweise im Bauschutzbereich des Flughafens Wietzenbruch gemäß § 12 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG). Die Entfernung des Startbahnbezugspunktes zum Geltungsbereich beträgt ca. 5,5 km. Baubeschränkungen greifen erst ab Bauhöhen von mehr als 87 m über dem jetzigen Geländeniveau und sind in Bezug auf die Bauvorhaben, die durch den VBB 16 „Erweiterung Biogasanlage Hollenkamp“ vorbereitet werden, nicht relevant.

3.10 Sonstige Vorgaben und Nutzungsbeschränkungen

Bauordnungsrecht

Für die bestehende Biogasanlage liegt eine Genehmigung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamts Celle vom 16.01.2008 vor.

Kultur- und Sachgüter

Kulturdenkmäler gemäß § 3 NDSchG sowie Bau- und Bodendenkmäler sind nach derzeitigem Kenntnisstand im Geltungsbereich des vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplans nicht vorhanden.

Weitere festgestellte Vorhaben und Pläne anderer Planungsträger liegen bislang nicht vor.

4 Bestandsbeschreibung

4.1 Nutzung

Art und Maß der baulichen Nutzung

Der im Plangebiet vorhandene bauliche Bestand besteht aus Anlagen und Einrichtungen zur energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen (NawaRo) sowie Abstellflächen für Fahrzeuge und Maschinen, die dem Betrieb der Anlage dienen. Die Leistung der Anlage liegt bisher bei 0,5 MW elektrisch, was ca. 2,3 Mio. Normkubikmeter Biogas pro Jahr entspricht.

Die Anlage besteht zurzeit aus folgenden Komponenten: Siloplaten, Fermenter, Nachgärer, Gärproduktlager, Vorgrube, Feststoffdosierer, Blockheizkraftwerk, Trafo, Waage, Regenrückhaltebecken und Fahrwege. Neben der Produktion von elektrischer Energie wird derzeit die anfallende Wärme vollständig zur Eigenversorgung der Biogasanlage mit Prozesswärme sowie zur Versorgung des westlich der Biogasanlage gelegenen Wohnhauses und der südlich gelegenen Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) genutzt.

4.2 Natur und Landschaft

Landschaftsbild

Im Landschaftsrahmenplan (in Aufstellung befindlich) der Stadt Celle wird die Landschaft mit einer mittleren Bedeutung für das Landschaftsbild beschrieben. Demnach ist das Landschaftsbild durch die folgenden Punkte geprägt:

- eine deutliche Überprägung durch menschliche Nutzung,
- natürlich wirkende Biotoptypen im geringen Umfang vorhanden,
- natürliche Eigenentwicklung der Landschaft vereinzelt erlebbar,
- vereinzelte Elemente der naturraumtypischen Kulturlandschaft vorhanden, fortgeschrittene Nivellierung der Nutzungsformen durch intensive Landnutzung
- geringe naturraumtypische Vielfalt an Flächennutzungen und Landschaftselementen.

Betrachtet man die unterschiedlichen Kriterien zur Landschaftsbildbewertung und die Beschreibung aus dem in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplan der Stadt Celle, wird deutlich, dass durch die starke anthropogene Überprägung die Eigenart der Landschaft lediglich in einem geringen Umfang erhalten ist. Die ursprüngliche ackerbauliche Nutzung wurde durch den Bau der Biogasanlage aufgegeben. Die ursprüngliche Eigenart der Landschaft ist durch die Nutzung als Biogasanlagenstandort bereits weitestgehend überprägt. Innerhalb des Geltungsbereiches gilt dies auch für die Vielfalt der Landschaft. Durch die unterschiedlichen angrenzenden Biotoptypen und den Wechsel zwischen freier Landschaft und bewaldeten Gebieten ist im Umfeld eine gewisse Vielfalt der Landschaft gegeben, auch wenn die naturraumtypische Vielfalt an Flächennutzungen und Landschaftselementen insgesamt als gering zu bewerten ist. Das Plangebiet an sich ist aufgrund fehlender Wegeverbindungen innerhalb des Geltungsbereiches für den Menschen

nicht erlebbar. Durch die Fernwirkung der bestehenden Biogasanlage und die an den Geltungsbereich angrenzenden Straßen und Wege ist das Plangebiet aber dennoch wahrnehmbar. Durch die Fernwirkung der bestehenden Biogasanlage ist das Landschaftsbild bereits als beeinträchtigt anzusehen. Weiterführende Aussagen dazu macht der Umweltbericht (vgl. Kapitel 7).

Klimatische Bedingungen

Das Plangebiet ist überwiegend Bestandteil eines Freilandklimatops (ungestörter, stark ausgeprägter Tagesgang von Temperatur und Feuchte, windoffen, starke Frisch-/ Kaltluftproduktion). Lediglich der Bereich der bestehenden Biogasanlage wird zum Stadtrandklimatop gezählt. Der nördliche Teil des Geltungsbereiches ist ein Gebiet mit Kaltluftfluss.

Boden

Entsprechend der naturräumlichen Gliederung zählt das Plangebiet zu der naturräumlichen Einheit der Oberen Allerniederung sowie zu den Untereinheiten der Wolthausener Niederung und der Arloher Sandplatten. Die Wolthausener Niederung bildet den Übergang zwischen dem Geestgebiet und dem allerbegleitenden Dünenstreifen. In diesem Bereich haben sich durch häufige Überschwemmungen mehr oder weniger humose, abdichtende Tonschichten entwickelt, welche zu einer Vernässung der Niederung und somit zu einer Vermoorung geführt haben. Die Arloher Sandplatten sind durch ein vorwiegend sandiges, schwach welliges Grundmoränenplateau geprägt, hier sind Podsol/ Braunerde Podsol vorwiegend. Im südlichen Bereich überwiegen Geschiebemergel- und Geschiebelehmbestandteile. Hier sind Braunerden und Parabraunerden vorherrschend.

Grundwasser / Hydrologie

In Bezug auf das Schutzgut Grundwasser ist die Qualität des vorhandenen Bodens zu betrachten, da die Bedeutung des Grundwassers aus der Nutzung und Beschaffenheit des Bodens sowie seiner gegenwärtigen Bedeutung als Teil eines Gebiets zur Bildung und / oder Nutzung von Grundwasser resultiert. Im vorliegenden Fall verfügt der anstehende Boden gemäß Landschaftsrahmenplan (in Aufstellung befindlich) über eine hohe Nitratauswaschungsgefährdung, dadurch kann es zu einem erhöhten Nährstoffeintrag in das Grundwasser kommen. Durch die sandigen Bestandteile im Boden ist zudem eine Versickerung von Niederschlagswasser in geringem Maße möglich, was zum einen zu einer Grundwasserneubildung führt, aber gleichzeitig die Gefahr von Nitratanreicherungen begünstigt. Weiterhin wird die Qualität des Grundwassers im vorliegenden Fall durch eine relativ geringe Bodenüberdeckung beeinträchtigt, gemäß dem vorhandenen Baugrundgutachten beträgt diese lediglich 1,2 m bis 2,1 m.

Potenziell natürliche Vegetation

Als heutige potenziell natürliche Vegetation für das Plangebiet gibt der LRP-Entwurf Flattergras-Buchenwald des Tieflandes an.

4.3 Verkehr

Die Erschließung des Plangebiets erfolgt von der Südseite aus, über die bereits bestehende Zufahrt von der Straße Hollenkamp. Derzeit erfolgt der An- und Abtransport der In- und Outputstoffe zu und von der Anlage nahezu gleichmäßig aus Westen und Osten über die Straße Hollenkamp. Diese führt im Osten auf die Kreisstraße 27 (Groß-Hehlener-Kirchweg) und im Westen auf einen Kreisverkehrsplatz, welcher die Straße Hollenkamp mit dem Kirchweg sowie dem Wolthausener Weg verbindet. Der Kirchweg stellt eine wichtige Verbindung zur Landesstraße 180 sowie zur Kreisstraße 27 dar. Das Plangebiet ist im Bestand an das regionale Verkehrsnetz sowie die umliegenden Produktionsflächen für Biomasse angebunden.

4.4 Technische Infrastruktur

Die Ver- und Entsorgung ist durch die bestehenden bzw. den Ausbau vorhandener Einrichtungen und dem damit gegebenen möglichen Anschluss an bestehende Leitungen gesichert.

Auf Grund der besonderen Nutzung des Standorts als Biogasanlage ist die Abnahme der erzeugten elektrischen Energie durch Netzeinspeisung bereits gewährleistet.

4.5 Immissionen

Die Belange des Schall-Immissionsschutzes wurden bereits im Zuge der Genehmigung der bestehenden Anlage im Rahmen eines schalltechnischen Gutachtens der ECO AKUSTIK vom 13.04.2007 geprüft. In dem Gutachten wurde die durch den Betrieb zu erwartenden Immissions-Zusatzbelastung durch eine detaillierte Prognose nach TA Lärm berechnet und beurteilt. Es wurde der ungünstigste Betriebszustand untersucht, d.h. die saisonal auf ca. 10 Tage begrenzte Anlieferung von Mais und Gras durch Lkw sowie der Gärrestabtransport wurden mit berücksichtigt. Die beim Betrieb der Biogasanlage entstehenden Immissionen unterschreiten die Immissionsrichtwerte im Tages- und Nachtzeitraum an allen maßgeblichen Immissionsorten deutlich um mehr als 6 dB.

Neben den Schallimmissionen wurden auch zu erwartende Geruchsmissionen durch ein entsprechendes Gutachten abgeprüft („Gutachterliche Stellungnahme zu den Geruchsmissionen und -immissionen im Bereich einer geplanten Biogasanlage für nachwachsende Rohstoffe / Wirtschaftsdünger in Celle OT Klein Hehlen“. Barth&Bitter Gutachter im Arbeits- und Umweltschutz GmbH; 30.04.2007). Im Rahmen der Untersuchung wurden die Geruchswahrnehmungshäufigkeiten für 50 m * 50 m große Beurteilungsflächen berechnet. Das Gutachten kam zu dem Ergebnis, dass die Gesamtbelastung durch Biogasanlage und landwirtschaftlichen Betrieb an dem am höchsten belasteten Wohnhaus im Außenbereich eine Wahrnehmungshäufigkeit von 11 % der Jahresstunden erreicht, entsprechend einem Wert von 0,11. Damit wird der für den im Außenbereich für landwirtschaftliche Gerüche heran zu ziehende Immissionswert von 0,15 sicher eingehalten.

Die Bestandssituation zeigt zudem, dass der Betriebsablauf, auch unter Berücksichtigung von Immissionen durch anlagenbezogene Fahrverkehre, aus immissionsschutzrechtlicher Sicht reibungslos möglich ist und damit kein Nutzungskonflikt besteht.

5 Anlass und Ziele der Planung

5.1 Veranlassung

Anlass zur Aufstellung dieses Vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist die geplante Erweiterung der bestehenden Biogasanlage Hollenkamp in Celle. Vorgesehen ist eine Leistungssteigerung auf maximal 2,3 Mio. Normkubikmeter Biogas pro Jahr. Damit sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen einer „Privilegierung“ des Vorhabens im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 6d BauGB nicht mehr gegeben, weshalb eine verbindliche Bauleitplanung über diesen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan notwendige Voraussetzung ist.

5.2 Ziele und Zwecke (§ 2a Satz 2 Nr. 1 BauGB)

Im Zuge der Erweiterung der bestehenden Biogasanlage soll ein zusätzliches BHKW mit einem Motor von 540 kW elektrischer Leistung errichtet werden. Da die Entfernung von der Biogasanlage zu den potenziellen Wärmeabnehmern im Süden des Anlagenstandortes jedoch vergleichsweise groß ist, ist vorgesehen, den Motor auszulagern und auf dem Gelände des potenziellen Wärmeabnehmers (NABK) zu errichten. Durch diese Maßnahme könnte der Energieverlust möglichst gering gehalten werden, da leitungsbedingte Wärmeverluste ausgeschlossen würden. Ein weiterer Vorteil ist, dass die Gasstrecke gleichzeitig als Kondensatstrecke genutzt werden kann. D. h., dass das Gas auf diesem Wege Flüssigbestandteile

verliert und damit eine bessere Qualität erhält, was wiederum zu einer höheren Energieausnutzung führt. Dies kann zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Einrichtungen beitragen.

Im Prozessverlauf fällt in diesem externen BHKW neben der elektrischen Leistung als Nebenprodukt auch thermische Leistung an. Durch diese so genannte Abwärme könnte der Bedarf der NABK an thermischer Leistung vollständig gedeckt werden. Bei vollem Wärmebedarf kann die NABK so etwa 40 Liter Heizöl pro Stunde einsparen. Der Winterhoff Edelstahl GmbH können nach der geplanten Biogasanlagenerweiterung darüber hinaus weitere 100 kW Abwärme zur Verfügung gestellt werden.

Die Biogasanlage wird im Zuge des Ausbaus um einen Fermenter erweitert, hierdurch erhöht sich der Wärmebedarf der Biogasanlage selbst um ca. 100 kW im Vergleich zu dem jetzigen Verbrauch. Diese Wärmemenge wird von dem bisher bestehenden Motor in dem BHKW im Plangebiet vor Ort erzeugt und dementsprechend weniger an die NABK geliefert. Die NABK wiederum erhält die nunmehr fehlenden 100 kW aus dem neu geplanten externen Motor.

Alternativ zum Konzept einer Aufstellung des BHKW direkt beim Wärmeabnehmer und für den Fall, dass eine dortige Errichtung sich nicht umsetzen lässt, wird die Möglichkeit offengehalten, das BHKW innerhalb des Geltungsbereiches zu errichten und die Wärme wie im bereits praktizierten Bestand an die Verbraucher zu liefern.

Zukünftig wird demnach ein Versorgungskonzept angestrebt, das eine Nutzung regenerativ erzeugter Wärme aus einem Biogas-BHKW am Ort des Verbrauchers ermöglicht.

Zudem ist optional die Gaseinspeisung in das öffentliche Netz möglich.

5.3 Erforderlichkeit (§ 1 Abs. 3 BauGB)

Aufgrund der geplanten Gesamtgröße fällt das Erweiterungsvorhaben nicht mehr unter den Typus des privilegierten Vorhabens im Sinne der Außenbereichstatbestände nach § 35 BauGB. Als planungsrechtliche Grundlage für die geplante Leistungssteigerung der Biogasanlage ist es erforderlich, eine Bauleitplanung durchzuführen. Überdies kann durch die Erweiterung eine Optimierung des bereits existierenden Energie Konzepts der Stadt Celle und somit eine zusätzliche Substitution von fossilen Brennstoffen erfolgen. Die Stadt Celle stellt daher den vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 „Erweiterung der Biogasanlage Hollenkamp“ auf und führt im Parallelverfahren die 84. Änderung des Flächennutzungsplans durch.

5.4 Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (§ 8 Abs. 2 BauGB)

Als vorbereitende Bauleitplanung liegt der aktuell wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Celle vor. Dieser stellt den Geltungsbereich des vorliegenden Vorhabens als „Fläche für die Landwirtschaft“ und als „Fläche für Wald“ dar.

Da der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 16 „Erweiterung der Biogasanlage Hollenkamp“ damit nicht der aktuellen Darstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle entspricht, wird die 84. Änderung des Flächennutzungsplans durchgeführt und damit die Darstellung einer Sonderbaufläche „Biogasanlage“ vorgenommen. Dies erfolgt in einem Parallelverfahren. Die erforderliche Übereinstimmung zwischen vorbereitender und verbindlicher Bauleitplanung gemäß § 8 Abs. 2 BauGB ist somit sichergestellt.

5.5 Alternativenprüfung bezüglich der Standortwahl

Alternativ zu der geplanten Erweiterung der bestehenden Biogasanlage könnte ein weiterer privilegierter Biogasanlagenstandort entwickelt werden. Da dies jedoch durch den mit dem erforderlichen Neubau von Anlagenteilen, Fahrwegen u. ä. zusätzliche Flächenversiegelungen sowie Eingriffe in Natur und Landschaft verursachen würde, ist dies unbedingt zu ver-

meiden. Die Inanspruchnahme zusätzlicher unverbauter Außenbereichsflächen ist zu vermeiden (vgl. Ziele der Raumordnung unter Kapitel 3.1, Ausbau bestehender Einrichtungen).

Zudem handelt es sich bei dem vorliegenden Vorhaben um die Leistungssteigerung der am Standort bestehenden Biogasanlage, die technisch bedingt ausschließlich an dem vorhandenen Betriebsstandort durchführbar ist.

Eine tragbare Alternativplanung ist somit nicht realistisch, da diese in jedem Fall mit zusätzlichen Flächenversiegelungen und damit mit Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden wäre.

6 Planinhalte

Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 ist der Vorhaben- und Erschließungsplan. Dieser wird um weitere Festsetzungen in der Planzeichnung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans ergänzt, sofern die städtebauliche Situation oder der angemessene Umgang mit Natur und Landschaft dies erfordern.

Es wird ein Sondergebiet „Biogasanlage“ festgesetzt, in dem das Betreiben einer Biogasanlage und der dazu gehörigen Nebenanlagen entsprechend dem Vorhaben- und Erschließungsplan zulässig ist.

6.1 Städtebauliche Grundkonzeption

Für die Umsetzung des klimafreundlichen Energiekonzepts der Bereitstellung regenerativ erzeugter Wärme direkt beim Verbraucher sind folgende Schritte erforderlich:

- Bauliche Erweiterung der Biogasanlage zur Erhöhung der Gasproduktion und damit das
- Heranrücken der baulichen Anlagen an den im Süden des Geltungsbereiches befindlichen Wald,
- Errichtung eines weiteren Blockheizkraftwerkes, vorzugsweise auf dem Grundstück des Wärmeabnehmers bzw. alternativ innerhalb des Geltungsbereiches sowie
- Anlage einer Versorgungsleitung zwischen der Biogasanlage dem Wärmeabnehmer. Es besteht bereits eine Wärmeleitung von der bestehenden Biogasanlage zur NABK. Der Verlauf der vorhandenen Leitung ist der Anlage 12 zu entnehmen. Hinsichtlich der geplanten Gastransportleitung ist vorgesehen, diese direkt neben die Wärmeleitung zu legen, damit keine weitere Trasse nötig ist. Lediglich auf dem Grundstück der Biogasanlage müsste der Verlauf angepasst werden. Am Heizungsgebäude der NABK sind Freiflächen vorhanden, die zum Aufstellen eines BHKW's geeignet sind. Sollte eine Aufstellung des BHKW am dortigen Platze nicht realisieren lassen, so wird die Errichtung des zusätzlichen BHKW am Standort der Biogasanlage (innerhalb des Geltungsbereiches) vorgesehen. In diesem Fall würde die bestehende Wärmeleitung ertüchtigt oder ergänzt, um zusätzliche Wärmemengen transportieren zu können.

Die bauliche Erweiterung der Biogasanlage umfasst zudem die Vergrößerung der Silofläche sowie die Errichtung eines zusätzlichen Gärproduktlagers. Zusammen mit den vorhandenen Anlagen wären demnach die Voraussetzungen geschaffen, die erforderliche Leistungssteigerung der Gesamtanlage zu erzielen.

6.2 Art und Maß der baulichen Nutzung

Die Art der baulichen Nutzung ergibt sich aus dem Planungsanlass, der bereits in Kapitel 5.1 näher beschrieben wurde. Demnach soll die bestehende Biogasanlage am Standort Hollenkamp erweitert werden. Diese erzeugt, und dies soll auch weiterhin der Fall sein, aus-

schließlich Energie aus Biomasse im Sinne der Anlagen 2 und 3 zur Biomasseverordnung (BiomasseV) in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung. Dementsprechend sind in dem Sondergebiet „Biogasanlage“ auch nur solche Einrichtungen und Anlagen zulässig, die diesem Zweck dienen.

Da es sich bei der vorliegenden Planung um einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, ergeben sich die zulässigen baulichen Anlagen aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan, in welchem die baulichen Anlagen mit ihren entsprechenden Maximalmaßen festgelegt sind. Ausnahmsweise zulässig sind ergänzende Anlagen und Einrichtungen, wenn sie dem Betriebszweck der Anlage dienen. Dies schließt beispielsweise ein zusätzliches BHKW mit ein, sofern die Errichtung des extern vorgesehenen BHKW am Ort der Wärmeabnahme nicht realisierbar wäre.

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die im Vorhaben- und Erschließungsplan eingetragenen maximal zulässigen der bestehenden und geplanten baulichen Anlagen bestimmt. Die Grundflächenzahl (GRZ) errechnet sich aus der Summe der bereits bestehenden sowie der, entsprechend dem Vorhaben- und Erschließungsplan, zukünftig zulässigen versiegelten Flächen. Diese Summe wird mit der Gesamtfläche des Sondergebiets ins Verhältnis gesetzt. Um darüber hinaus die innere Erschließung des Sondergebiets zu gewährleisten, ist eine Überschreitung durch Zufahrten, innere Erschließungswege, Abstellflächen und sonstige für den Betrieb erforderliche Nebenanlagen bis zu einer GRZ von 0,75 zulässig.

Zur Berücksichtigung des Landschaftsbilds, welches durch den Standort der Biogasanlage betroffen ist, sind die maximal zulässigen Höhen baulicher Anlagen im Sondergebiet SO 1 bis zu einer maximalen Höhe von 66,20 m üNN und im Sondergebiet SO 2 bis zu einer maximalen Höhe von 61,30 m üNN zulässig. Diese Höhen ergeben sich in dem SO 1 aus dem höchsten aufgemessenen Punkt im Bereich des neuen Gärproduktlagers und dessen Gesamthöhe von 17,30 m und im SO 2 aus dem höchsten aufgemessenen Punkt im Bereich der Silagelagerflächen und einer zulässigen Lagerhöhe der Siloflächen von 10,00 m. Diese zulässige Lagerhöhe wurde in Abstimmung mit der Stadt Celle getroffen. Sie dient, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Silagelagerflächen im am höchsten gelegenen Bereich der Biogasanlage angesiedelt sind, der Eingrenzung der Planungsauswirkungen auf das Landschaftsbild.

Die Höhe der baulichen Anlagen (Angabe H) ergibt sich aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan. Überschreitungen sind um maximal 0,5 m zulässig (§ 31 Abs. 1 BauGB). Die maximale Höhe der ausnahmsweise zulässigen, ergänzenden Anlagen und Erweiterungen, die dem Betriebszweck der Biogasanlage dienen, darf die höchsten baulichen Anlagen nicht überschreiten. Auch diese Festsetzung erfolgt unter der Berücksichtigung des Landschaftsbildes, so dass eine Beeinträchtigung vermieden wird.

6.3 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen, Nebenanlagen

Aufgrund der „Besonderheit“ des Planinhalts wird auf die Festsetzung einer Bauweise verzichtet, diese ergibt sich aus dem Vorhaben- und Erschließungsplan. Allerdings wird festgesetzt, dass bauliche Anlagen (einschließlich Garagen und Nebenanlagen) ausschließlich innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig sind. Ausgenommen von dieser Regelung sind Anlagen zur ordnungsgemäßen Oberflächenentwässerung, zur Grundstückseinfriedung, Aufschüttungen in Form von Erdwällen sowie betriebliche Verkehrsflächen. Damit wird eine effektive Freihaltung der für die Eingrünung und Versickerung relevanten Flächen erreicht.

Darüber hinausgehend wird im Vorhaben- und Erschließungsplan ein Abstand von mindestens 17 m von baulichen Anlagen in Form von Gebäuden zu der Waldfläche im Süden des Geltungsbereiches definiert.

6.4 Gestaltung baulicher Anlagen

Zum Zwecke der Minimierung von Eingriffen in das Landschaftsbild wird die Gestaltung der baulichen Anlagen hinsichtlich der Farbgestaltung reglementiert. Demnach hat die Farbgebung aller Außenwände sämtlicher baulicher Anlagen, inklusive der Dachflächen der Gär- und Lagerbehälter, in gedeckten, nicht glänzenden Grüntönen zu erfolgen. Untergeordnete Bauteile, wie beispielsweise Abluftrohre, sind davon ausgenommen.

Durch diese verbindlich festgesetzte Farbgestaltung wird erreicht, dass diese, als für das Orts- und Landschaftsbild maßgeblichen Anlagen, sich an den Bestand anpassen, nicht in auffälliger und glänzender Farbgebung gestaltet werden können und sich damit bestmöglich in das Landschaftsbild einfügen.

6.5 Verkehr

Die unmittelbare Erschließung des Plangebiets erfolgt von der Südseite aus, über die bereits bestehende Zufahrt von der Straße Hollenkamp.

Die weitere Erschließung erfolgt über gewidmete Straßen und Wege der Stadt Celle, die an das klassifizierte Straßennetz (K 27, L 180) anbinden. Hierbei wird ausschließlich die Anbindung über die Straße Hollenkamp genutzt.

Durch die geplante Anlagenerweiterung würde eine Leistungssteigerung erfolgen, welche eine größere Substratmenge für den Betrieb der Anlage nach sich ziehen würde. Somit kann es temporär zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen um die Anlage kommen. Die Verkehre können jedoch unmittelbar über das klassifizierte Straßennetz abgewickelt werden.

Die Inhaber der Bio-Energie Kl.-Hehlen GmbH u. Co. KG bewirtschaften Flächen in den Ortschaften Klein Hehlen, Boye, Groß Hehlen, Scheuen, Hustedt, Garßen, Vorwerk, Wietzenbruch, Dasselsbruch, Stedden und Bostel. Der überwiegende Flächenanteil der zuliefernden Betriebe befindet sich in den Ortschaften Scheuen und Hustedt. Die bisherigen Anbauer könnten ihren Anbauumfang bei einer Erweiterung der Biogasanlage weiter ausdehnen. Zusätzliche Anlieferungen würden aus Klein Hehlen und Stedden erfolgen.

Die nachfolgend genannten Zahlen der derzeitigen und prognostizierten Fahrten beziehen sich auf ein Jahr und wurden durch die Bio-Energie Kl.-Hehlen GmbH u. Co. KG erhoben und bereitgestellt (vgl. hierzu Anlage 9 zur Begründung):

Die An- und Abfahrt unmittelbar zur Anlage erfolgt ausschließlich über die Straße Hollenkamp. Derzeit fließen ca. 25% der insgesamt 1.620 Fahrten aus bzw. in Richtung Boye die übrigen Fahrten (ca. 1.215 Fahrten) erfolgen aus bzw. in östliche Richtung und teilen sich am Groß Hehlener Kirchweg auf. 30% der gesamten Fahrten (ca. 486 Fahrten) erfolgen in Richtung Groß Hehlen, weitere 30% in Richtung Bremer Weg und anschließend weiter Richtung Stedden bzw. über den Wilhelm-Heinichen-Ring sowie 15% (ca. 243 Fahrten) verlaufen in Richtung Dorfstraße. Bei einer Erweiterung der Biogasanlage kommt es neben der zu erwartenden Verdopplung der Fahrten vermutlich zu geringfügigen Verschiebungen der Verkehrsströme. 20% Richtung Boye (ca. 568 Fahrten), 35% Richtung Groß Hehlen (ca. 994 Fahrten), 25% Richtung Wietzenbruch (ca. 710 Fahrten) und 20% Richtung Dorfstraße (ca. 568 Fahrten). Die Anlage 9 „Verteilung der bestehenden und zu erwartenden Fahrverkehre im Bereich der Biogasanlage Hollenkamp“, stellt die Verteilung graphisch dar. Sie wurde in Abstimmung mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr erstellt und zeigt die räumliche, prozentuale Verteilung der bestehenden und die mit der Anlagenerweiterung zu erwartenden anlagebezogenen Fahrten auf. Mittelfristig kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die prognostizierte Anzahl der Fahrten, mit einer steigenden Ladekapazität der Landwirtschaftsmaschinen sowie einer steigenden Effektivität der Anlage selbst, sinkt. Die Abbildung stellt demnach das zu erwartende Maximalaufkommen dar.

Unter Berücksichtigung der zu erwartenden anlagenbezogenen Verkehre werden die bestehenden vertraglichen Regelungen mit der Stadt Celle überprüft und gegebenenfalls den erhöhten Anforderungen entsprechend angepasst, um im Falle eines entsprechenden Genehmigungsantrages die gesicherte Erschließung bescheinigen zu können. Damit sind die Belange des Verkehrs umfassend berücksichtigt.

Die innere Erschließung wird nahezu unverändert bleiben, da die bestehenden Fahrwege weiterhin genutzt werden können. Um mögliche Belastungen durch Ernteverkehre so weit wie möglich zu reduzieren wurden alternative Möglichkeiten der Verkehrsführung überprüft und planerisch umgesetzt. So wird mit der textlichen Festsetzung Nr. 6.1 erstmals die planungsrechtliche Möglichkeit geschaffen, entlang der östlichen Geltungsbereichsgrenze einen 4 m breiten geschotterten Weg anzulegen, welcher einen Anschluss an die weiter nördlich gelegenen Wirtschaftswege ermöglicht und auf diese Weise zu einer zumindest teilweisen Entlastung der Straße Hollenkamp beitragen kann. Der Neubau einer leistungsfähigen Erschließungsstrasse in diesem Bereich, welche erhebliche (über die vorstehend beschriebenen Mengen hinaus) Anteile der anlagenbezogenen Verkehre aufnehmen könnte, ist aus natur-schutzfachlichen Gründen nicht umsetzbar. Insbesondere würden hiermit die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen in ihrer Entwicklung behindert und insofern konterkariert.

6.5 Technische Infrastruktur

Die Ver- und Entsorgung ist problemlos möglich, da die Anlagenerweiterungen an die bestehenden Leitungen angeschlossen werden können. Ein Anschluss an einen Schmutzwasserkanal o. ä. ist nicht erforderlich, da im Produktionsprozess der Biogasanlage bisher keine Abwässer anfallen und auch keine weiteren Anlagen oder Einrichtungen geplant sind, die einen derartigen Anschluss an die öffentliche Kanalisation erfordern würden.

Das anfallende Niederschlagswasser wird zukünftig dem im Süden, am niedrigsten Punkt des Geltungsbereichs bereits vorhandenen Regenrückhaltebecken zugeführt und dort versickert werden. Die Dimension des Regenrückhaltebeckens wurde im Zuge der Anlagenplanung geprüft und auf die Biogasanlage bzw. auf die Erweiterung der Biogasanlage abgestimmt. Für das bestehende Betriebsgrundstück der Biogasanlage Hemme besteht bereits eine Wasserbehördliche Erlaubnis zur Niederschlagswasserversickerung. Darin ist die geplante Erweiterungsfläche allerdings bisher nicht enthalten, daher wird von Seiten der Stadt Celle, Untere Wasserbehörde, parallel zum Baugenehmigungs-/BlmSch-Verfahren, ein gesondertes wasserrechtliches Änderungsverfahren durchgeführt.

Da auf Grund der bereits bestehenden Anlage die Löschwasserversorgung sichergestellt ist, sind auch in Hinsicht auf die Belange der Löschwasserversorgung keine negativen Auswirkungen durch die vorliegende Planung zu erwarten. Eine ggf. erforderliche Erweiterung der Anlagen zur Löschwasserversorgung ist Gegenstand der Genehmigungsplanung und damit nicht Bestandteil der vorliegenden Bauleitplanung.

6.7 Pflanzflächen und -maßnahmen

Um eine wirksame Eingrünung des Plangebietes zu erzielen werden entlang der östlichen, südlichen und westlichen Plangebietsgrenze teilweise **Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen** vorgesehen. Diese Flächen werden mit standortgerechten, heimischen Bäumen und Sträuchern bepflanzt. Überdies wird nördlich der bestehenden Anlage eine **Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft** festgesetzt. Auf einem 30 m breiten Streifen wird die Fläche der natürlichen Sukzession überlassen, um einen ausreichenden Abstand zwischen den baulichen Anlagen und dem daran nördlich anzulegenden Wald zu wahren.

Der anzulegende Wald schließt sich unmittelbar an den 30 Meter breiten Streifen an. Innerhalb des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird dieser Bereich als Waldfläche festgesetzt. Die Herstellung eines geschotterten Weges entlang der östlichen Plangebietsgrenze ist zulässig. Spätestens in der auf das Inkrafttreten der vorliegenden Planung folgenden Pflanzperiode ist die Fläche aufzuforsten. Hierzu sind ausschließlich standortgerechte Laubgehölze aus forstlich zertifiziertem Saatgut regionaler Herkunft zu verwenden. Die zu verwendenden Arten sind mit der unteren Waldbehörde sowie dem zuständigen Forstamt der Landwirtschaftskammer bis zum Satzungsbeschluss abzustimmen. Die Umsetzung der Maßnahme ist über einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Celle sowie dem Vorhabenträger abzusichern. Im Rahmen der Aufforstungsplanung ist eine Standortkartierung der aufzuforstenden Fläche vorzunehmen, um die zu verwendenden Baumarten zu ermitteln. Die gepflanzten Gehölze sind dauerhaft zu erhalten und in ihrem natürlichen Wuchshabitus zu entwickeln. Abgänge sind zu ersetzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB). Durch die Aufforstung der bisher als Grünland-Einsaat kartierten Bereiche, wird ein wirkungsvoller Sichtschutz auf den Geltungsbereich gewährleistet. Zudem werden aus naturschutzfachlicher Sicht hochwertige Bereiche geschaffen, die einer Vielzahl an Lebewesen ein neues Habitat bietet. Für die Kompensation werden 11.000 m² Grünland-Einsaat zu einem naturnahen Laubwald entwickelt.

Des Weiteren werden zum Schutz der Feldlerchen auf den angrenzenden ackerbaulich genutzten Flächen sogenannte Lerchenfenster angelegt.

6.8 Eingriff in Natur und Landschaft / Kompensation

Eingriffe in Natur und Landschaft sind zu vermeiden, bzw. zu minimieren. Eine Eingriffsminimierung stellt bereits die Nutzung des bestehenden Standorts dar. Hierdurch wird die Inanspruchnahme von unversiegelten Flächen oder der Landschaft an einem gänzlich neuen Standort vermieden. Es ist eine landschaftsgerechte Eingrünung mit entsprechenden Gehölzarten vorgesehen. Die für die Bestandsanlage geplanten Kompensationsmaßnahmen gehen durch die vorliegende Planung teilweise verloren. Dieser Verlust wird in die Kompensationsbilanzierung eingestellt und somit entsprechend in der Planung berücksichtigt. Durch die geplanten Versiegelungen werden zudem bisher nicht überbaute Bodenstandorte beeinträchtigt und verlieren ihre natürlichen Funktionen. Das Landschaftsbild ist ebenfalls durch die Planung beeinträchtigt, aufgrund der geplanten Eingrünung können diese Beeinträchtigungen jedoch minimiert werden.

Trotz entsprechender Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen entstehen durch die vorliegende Planung Beeinträchtigungen, welche durch die Festsetzungen im vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie durch externe Kompensationsmaßnahmen vollständig zu kompensieren sind. Die detaillierten Umweltauswirkungen der Planung werden im Umweltbericht gemäß § 2 Abs. 4 BauGB dargelegt (vgl. Kap. 7).

6.9 Immissionsschutz

Da Biogasanlagen durch den nahezu vollständig abgedichteten Gärvorgang üblicherweise emissionsarm sind, ist davon auszugehen, dass dies auch bei einer Anlagenerweiterung weiterhin der Fall ist. Um einen Austritt von Gasen aus dem geschlossenen System zu vermeiden, müssen auf der Genehmigungsebene entsprechende Sicherheitsvorkehrungen nachgewiesen werden. Zu diesem Zweck ist es für die Genehmigung der Biogasanlagenerweiterung zwingend erforderlich, ein Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) durch die zuständige Fachbehörde durchzuführen. So wird sichergestellt, dass der Aspekt der betriebsbezogenen Immissionen ordnungsgemäß abgehandelt wird und die Vereinbarkeit der Anlage mit den Nutzungen in ihrer Umgebung geprüft und sichergestellt wird. Die dafür zuständige Behörde für Anlagensicherheit, das Gewerbeaufsichtsamt, ist in die vorliegende Bauleitplanung involviert.

Geruchsemissionen sind im ordnungsgemäßen Betrieb einer solchen Anlage prinzipiell bei der Rohstoffanlieferung und -zwischenlagerung, der Substratzuführung und dem Substratabzug (Schnittfläche der Silage) sowie durch Motorenabgase zu erwarten.

Die bestehende Biogasanlage befindet sich in einem nahezu ausschließlich landwirtschaftlich genutzten Bereich außerhalb der geschlossenen Siedlungsfläche. Emissionsbedingte Konflikte mit angrenzenden Nutzungen wie Wohnen oder Gewerbe im Sinne einer erheblichen Beeinträchtigung sind insofern zunächst nicht zu erwarten. Diese Annahme wurde zum einen durch die für die bestehende Biogasanlage eingeholte gutachterliche Stellungnahme und zum anderen durch den problemlosen Betriebsablauf in der Vergangenheit bestätigt. Der geplanten Erweiterung der Biogasanlage geht ebenso eine größere Umschlagsmenge der Einsatzstoffe einher, so dass im Rahmen der Erweiterung erneut ein Geruchsgutachten eingeholt wurde (Gutachterliche Stellungnahme zu den Geruchsemissionen und –immissionen im Rahmen der Erweiterung einer Biogasanlage, Barth&Bitter Gutachter im Arbeits- und Umweltschutz GmbH; 29.05.2012 / vgl. Anlage 4). Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass der Beitrag der Biogasanlage im Bereich der Gewerbe- sowie Wohnbebauung nicht mehr als 2 % der Jahresstunden beträgt (entsprechend 0,02 gemäß GIRL). Damit ist die Anlage in diesen Bereichen als irrelevant zu werten. Lediglich im Bereich des direkt westlich liegenden Wohnhauses im Außenbereich wird mit 9 % der Jahresstunden ein relevanter Beitrag erreicht. Daher ist hier zudem die Gesamtbelastung zu berechnen. Im Bereich des Wohnhauses im Außenbereich westlich der Biogasanlage wird eine Gesamtbelastung durch die Biogasanlage, die Rinderhaltung und die etwas 700 m nordöstlich gelegenen drei Mastschweineställe des Betriebs „Kruse“ von 14 % der Jahresstunden, entsprechend 0,14 gemäß GIRL, erreicht. Damit wird der Immissionswert der GIRL für Dorfgebiete von 0,15 unterschritten.

Die Belange des **Schallschutzes** wurden bereits im Zuge der Genehmigung der bestehenden Anlage im Rahmen eines Gutachtens (Gutachterliche Stellungnahme zu den Geräuschemissionen, TÜV NORD Umweltschutz GmbH & Co. KG, Stand: 16.04.2008) geprüft. Das vorhandene Gutachten wurde unter Berücksichtigung der geplanten Anlagenerweiterung überarbeitet (Schalltechnisches Gutachten der ECO AKUSTIK, „Immissionsprognose für die Erweiterung einer Biogasanlage in Celle / Klein Hehlen vom 28.08.2012) (vgl. Anlage 3). Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die beim Betrieb der erweiterten Biogasanlage zu erwartenden Immissionen die Immissionsrichtwerte für Mischgebiete im tages- und Nachtzeitraum am maßgeblichen Immissionsort sicher unterschreiten. Die Unterschreitung beträgt im Tageszeitraum 11 dB, im Nachtzeitraum 6 dB. Laut Gutachten liefert die untersuchte Anlage keinen relevanten Immissionsbeitrag im Sinne der TA Lärm.

Die Anlage 9 stellt das Maximalaufkommen der zu erwartenden Verkehrsverteilung im Bereich der bestehenden Biogasanlage graphisch dar. Des Weiteren werden die bestehenden vertraglichen Regelungen zwischen dem Anlagenbetreiber und der Stadt Celle überprüft und gegebenenfalls den erhöhten Anforderungen entsprechend angepasst, um im Falle eines entsprechenden Genehmigungsantrages die gesicherte Erschließung bescheinigen zu können.

Darüber hinaus wurde eine ergänzende gutachterliche Betrachtung eingeholt, um die Einschätzung fachlich zu hinterlegen, dass der zu erwartende moderate Anstieg der anlagenbezogenen Verkehre kein unverträgliches Maß erreichen wird. Die durch das Büro ECO AKUSTIK vorgelegten „Gutachterlichen Aussagen zur Zusatzbelastung durch Verkehrslärm der Biogasanlage Hollenkamp“ ist der vorliegenden Begründung in der überarbeiteten Fassung vom 07.03.2016 als Anhang 15 beigelegt. Auf die Untersuchung wird an dieser Stelle inhaltlich verwiesen. Der Gutachter kommt zu der Einschätzung, dass die ermittelten zu erwartenden Beurteilungspegel die relevanten Immissionsgrenzwerte deutlich unterschreiten und daher keine gesonderten Maßnahmen zu ergreifen sind. Diese Aussage wird neben der bereits vorhandenen schutzwürdigen Bebauung auf auch jene Bebauung bezogen, welche auf Grundlage des Bebauungsplans Nr. 143 „Am Kieferngrund“ (Teil I und II) entstehen soll.

Die Grundannahme, dass ein Planungskonflikt in dieser Hinsicht nicht vorliegt, wurde somit bestätigt.

Die geplante Anlage wird voraussichtlich unter die Regelungen der 12. BImSchV (**Störfallverordnung**) fallen. Hieraus ergeben sich besondere Anforderungen an die Anlagensicherheit. Die Risiken der Ansiedlung von „störfallrelevanten“ Nutzungen in räumlicher Nähe zu schutzwürdigen Nutzungen ist im Rahme der Bauleitplanung gebührend zu würdigen bzw. es muss eine Betrachtung angemessener „Achtungsabstände“ zu schutzwürdiger Bebauung erfolgen, um planerisch herbeigeführte Nutzungskonflikte frühzeitig auszuschließen.

Ergänzend zur 12. BImSchV kann für die städtebauliche Planung im Zusammenhang mit „Störfall-Anlagen“ der „Leitfaden Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung – Umsetzung § 50 BImSchG“ (KAS-18) herangezogen werden, welcher durch die Arbeitsgruppe "Fortschreibung des Leitfadens SFK/TAA-GS-1" der Kommission für Anlagensicherheit in seiner 2. überarbeiteten Fassung vorgelegt wurde. Dieser Leitfaden, formuliert unverbindliche Abstandsempfehlungen (Achtungsabstände) für Anlagen, die der 12. BImSchV unterliegen. Die hier abgegebenen Abstandsempfehlungen können für die städtebauliche Planung herangezogen werden, um vermeidbare Sicherheitskonflikte bereits in der Planungsphase auszuschließen. Nach der Systematik des Leitfadens wäre für Biogasanlagen Schwefelwasserstoff (H₂S) als maßgeblicher Gefahrstoff heranzuziehen. Der 12. BImSchV unterliegen Anlagen, wenn in einem Betriebsbereich eine Mengenschwelle von 5.000 kg H₂S erreicht bzw. überschritten wird. Der Anteil von H₂S in Biogas liegt (gemäß landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaft) abhängig von der Art der Substrate zwischen 0,1 und 0,4 % Vol. bei einer Dichte von 1,42 kg/m³. Die Mengenschwelle für H₂S würde demnach rechnerisch dann erreicht oder überschritten, wenn deutlich mehr als 880.000 m³ Biogas im Betriebsbereich gehandhabt würden. Die derzeit vorliegenden Vorentwürfe für die geplante Biogasanlage weisen ein reines Behältervolumen von ca. 11.000 m³ auf, in welchem neben dem Biogas auch das Gärsubstrat vorgehalten wird. Ein Erreichen der o. g. Mengenschwelle würde also voraussetzen, dass nahezu das 88-fache Behältervolumen baulich hergestellt würde und diese Behälter ausschließlich mit Biogas gefüllt wären. Dies ist vor dem Hintergrund der Plangebietsgröße als unrealistisch einzuschätzen. Es wird deutlich, dass das Erreichen der Mengenschwelle für H₂S sicher ausgeschlossen werden kann. Einer deutlichen Unterschreitung des für Anlagen zur Handhabung und Lagerung von Schwefelwasserstoff empfohlenen Mindestabstandes von 800 m zu schutzwürdiger Bebauung steht damit nichts entgegen.

Westlich der Anlage befindet sich in einem Abstand von 100 m am Ortsrand von Klein-Hehlen das Wohnhaus Nr. 40 als nächstgelegene schutzwürdige Bebauung. Dieses wurde im Rahmen des eingeholten Geruchs- und Schallgutachten hinsichtlich der Verträglichkeit mit der Anlagenerweiterung berücksichtigt. Beide Gutachten kommen unter Anwendung der maßgeblichen Regelwerke zu der fachlichen Einschätzung, dass durch die vorliegende Planung keine erhebliche Nachteile und Belästigungen für die nächstgelegene schutzwürdige Bebauung zu erwarten ist. Hinsichtlich Anlagensicherheit ist maßgeblich auf die Stoffeigenschaften von Biogas bezüglich Toxizität und Explosionsgefahr abzustellen.

Zur Toxizität von Biogas ist zunächst festzustellen, dass Gasfreisetzungen im regulären Betrieb unzulässig sind und ein entsprechendes Sicherheitskonzept bereits der bestehenden Genehmigung zu Grunde liegt. Dieses Sicherheitskonzept ist im Falle eines Genehmigungsantrages zur Erweiterung der Anlage fortzuschreiben. Sollte es dennoch zu einem unkontrollierten Austreten größerer Mengen an Biogas und dessen weiterer Verbreitung an der offenen Atmosphäre kommen, so würde unmittelbar eine Verdünnung der Gaskonzentration einsetzen. Das betreffende Wohnhaus befindet sich außerhalb der Hauptwindrichtung (vgl. Geruchsgutachten). Zu berücksichtigen ist auch, dass der Vorhabenplan die Errichtung der größten möglichen Gasspeicher an der dem Wohnhaus abgewandten Seite der Anlage vorsieht.

Zur Explosionsgefahr ist auszuführen, dass die bestehende Anlage ebenso wie das geplante Vorhaben (nachweislich der vorgelegten Vorhabenbeschreibung) ausdrücklich eine Handhabung des Biogases im Niederdruckbereich vorsieht (vgl. Anlagenbeschreibung / Anlage 6 zu dieser Begründung). Die bauliche Ausführung der Niederdruckgasspeicher als Folienspeicher über Stahlbeton- Rundbehältern lässt nachweislich des der ursprünglichen Anlagengenehmigung zu Grunde liegenden Sicherheitskonzeptes sicher darauf schließen, dass im Falle einer (aufgrund mangelnder Zündfähigkeit sehr unwahrscheinlichen) unkontrollierten Entzündung von Biogas der Explosionsdruck nach oben entweichen würde und nicht etwa als Schockwelle in die weitere Umgebung.

Insgesamt ist auf Ebene der Bauleitplanung nicht ersichtlich, dass der vorhandene Abstand zum nächstgelegenen Wohnhaus zwingend zu Konflikten hinsichtlich der Anlagensicherheit führen wird. Insofern wird der unverändert verbleibende Achtungsabstand von 100 m zum nächstgelegenen Wohngebäude als angemessen betrachtet.

Zur Verifizierung der vorstehenden überschlägigen Ermittlungen wurde durch den Vorhabenträger ein nach § 29a BImSchG anerkannter Sachverständiger mit einer entsprechenden Untersuchung beauftragt. Die durch den TÜV Nord Systems GmbH & Co. KG, Rostock, vorgelegte „Auswirkungsanalyse zur Ermittlung von angemessenen Abständen mittels Ausbreitungs- und Auswirkungsberechnungen für die Biogasanlage Hollenkamp“ vom 04.11.2015 ist der vorliegenden Begründung als Anhang 14 beigefügt. Auf die Analyse wird an dieser Stelle inhaltlich verwiesen. In Kapitel 6 Schlussfolgerungen kommt der Gutachter zu der Einschätzung *„Nach Auswertung der Ergebnisse der untersuchten Szenarien mit sehr ungünstigen Annahmen, kann zusammenfassend festgestellt werden, dass sich im aktuellen Planungsstand unabhängig von der Windrichtung keine schutzbedürftigen Gebiete im Sinne des § 50 Satz 1 BImSchG sowie Leitfaden KAS 18 /7/ innerhalb einer zündfähigen und toxischen Atmosphäre oberhalb des AEGL-2-Wertes für 10 Minuten angesiedelt sind.“* Die vorstehend getroffene Einschätzung, dass ein Achtungsabstand von 100 m angemessen ist, wird insofern bestätigt.

Eine differenzierte Betrachtung der störfallrelevanten technischen Details erfolgt zusätzlich auf Genehmigungsebene.

6.10 Hinweise

Schutz von Bäumen bei Bauarbeiten

Beim Baubetrieb ist auf den Schutz der im Umfeld vorhandenen Gehölze zu achten. Schutzvorkehrungen gemäß DIN 18920 "Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen" sind bei Bedarf vorzunehmen.

7 Umweltbericht

7.1 Einleitung

Entsprechend § 2 Abs. 4 BauGB ist zur Ermittlung und Bewertung der Belange des Natur- und Umweltschutzes eine Umweltprüfung durchzuführen, die Ergebnisse dieser Prüfung sind in einem Umweltbericht zu beschreiben. Der Umweltbericht selbst basiert auf der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB. Die Ergebnisse der Umweltprüfung zur vorliegenden Bauleitplanung sind im Folgenden dargestellt.

Da die Aufstellung der Bauleitpläne - also der Vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 16 sowie die 84. Änderung des Flächennutzungsplans - im sogenannten „Parallelverfahren“ erfolgen soll, sind die Ausführungen des vorliegenden Umweltberichts auf den Detaillierungsgrad Bebauungsplan“ abgestimmt.

In der Stadt Celle, Ortsteil Klein Hehlen wird auf dem Standort nördlich der Straße Hollenkamp eine Biogasanlage mit Verbrennungsmotor betrieben. Diese Anlage besteht derzeit im Wesentlichen aus einem Fermenter, einem Nachgärer, einem Gärproduktlager und einer

Vorgrube sowie dem BHKW, einer Silagelagerfläche zur Lagerung der benötigten Rohstoffe und den entsprechenden Nebenanlagen. Die privilegiert genehmigte Biogasanlage verfügt derzeit über eine elektrische Leistung von 500 kW. Die überschüssige Wärme wird zum Einen zur Eigenversorgung der Biogasanlage sowie zum anderen zur Wärmeversorgung eines benachbarten Wohnhauses sowie der südlich angrenzenden Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) genutzt.

Mit der Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans sowie der Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren könnte der bereits bestehende Biogasanlagenstandort effektiver genutzt und gleichzeitig der Anteil erneuerbarer Energien in der Stadt Celle gesteigert werden.

7.2 Ziele und Inhalt des Bebauungsplans

Im Ortsteil Klein Hehlen der Stadt Celle ist die Erweiterung einer bestehenden Biogasanlage geplant. Die bisherige Biogasanlage fällt mit ihrem Standort unter die sog. „privilegierten Außenbereichsvorhaben“ im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 6 d BauGB, allerdings wird durch die Erweiterung der Anlage die Aufstellung einer Bauleitplanung notwendig. Diese beinhaltet zum einen die 84. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Celle sowie zum anderen den vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 (vgl. Kap. 5 „Anlass und Ziele der Planung“ der Begründung).

Anlass zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist somit die geplante Erweiterung der bestehenden Biogasanlage. Vorgesehen ist eine Leistungssteigerung auf maximal 1,1 MW elektrischer Leistung.

Mit der Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes könnte der bereits bestehende Biogasanlagenstandort effektiver genutzt und gleichzeitig der Anteil erneuerbarer Energien in der Stadt Celle gesteigert werden sowie die wirtschaftliche Sicherung der involvierten Unternehmen und der zuliefernden landwirtschaftlichen Betriebe erfolgen. Die Versorgung der Anlage mit Biomasse kann derzeit weitgehend über die landwirtschaftlichen Nutzflächen der Anlagenbetreiber gewährleistet werden. Die Leistungssteigerung soll über Maßnahmen der Effizienzsteigerung erfolgen, sowie - je nach Bedarf - einer Erhöhung der Substratzufuhr. Sollten die eigenen Anbauflächen der Betreiber für die geplante Leistungserhöhung nicht ausreichen, stehen weitere Lieferanten in unmittelbarer Nähe zur Verfügung.

7.3 Ziele des Umweltschutzes

Die grundlegenden Ziele des Umweltschutzes sind in diversen Fachgesetzen (Bundesnaturschutzgesetz, Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Niedersächsisches Wassergesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz einschließlich seiner ergänzenden Technischen Anleitungen und Verordnungen, Bundeswaldgesetz, Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung etc.) dargelegt.

In dem hier betrachteten Landschaftsausschnitt finden die oben genannten Fachgesetze eine Konkretisierung in folgenden Plänen:

Landschaftsrahmenplan

Der Landschaftsrahmenplan (LRP) für den Landkreis Celle stammt aus dem Jahr 1991 und wird für das Gebiet der Stadt Celle derzeit überarbeitet. Die hier verwendeten Angaben sind der bereits aktualisierten Fassung entnommen. Für das behandelte Gebiet trifft der Entwurf des Landschaftsrahmenplans folgende Aussagen:

Tab. 1: Aussagen des in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplans der Stadt Celle

Karte	Aussage zum Plangebiet
Landschaftsbild	Die Landschaftsbildeinheiten sind von mittlerer Bedeutung.
Besondere Werte von Böden	Keine Angaben zum Plangebiet.
Wasser- und Stoffretention	Das Plangebiet liegt in einem Bereich mit hoher Nitratauswaschungsgefährdung.
Klima und Luft	Das Plangebiet ist überwiegend Bestandteil eines Freilandklimatops (ungestörter, stark ausgeprägter Tagesgang von Temperatur und Feuchte, windoffen, starke Frisch-/ Kaltluftproduktion). Lediglich der Bereich der bestehenden Biogasanlage wird zum Stadtrandklimatop gezählt. Der nördliche Teil des Geltungsbereiches ist ein Gebiet mit Kaltluftfluss.
Arten und Biotope	Das Plangebiet zählt zu den Biotopen mit geringer Bedeutung für den Naturhaushalt.
Potenziell natürliche Vegetation	Im Bereich des Plangebietes würde sich ein Flattergras-Buchenwald des Tieflandes entwickeln.

Landschaftsplan

Der Landschaftsplan für die Stadt Celle von 1987 trifft für den Geltungsbereich lediglich die Aussage, dass der Laubholzanteil zu erhöhen ist.

Schutzgebiete und -objekte

Im Plangebiet sowie der unmittelbaren Nähe befinden sich keinerlei Schutzgebiete bzw. -objekte im Sinne des Naturschutzrechts.

Besonderer Artenschutz

Hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) ist zu prüfen, ob innerhalb des Plangebiets und in dessen funktionalem Zusammenhang streng oder besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten vorkommen. Diese Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP) ist der Anlage 10 der vorliegenden Planung zu entnehmen.

Die SaP hat ergeben, dass die im festgelegten Untersuchungsraum vorkommenden besonders bzw. streng geschützten Tierarten durch die Planung nicht nachhaltig beeinträchtigt werden und somit kein Verbotstatbestand nach § 44 BNatSchG vorliegt. Besonders oder streng geschützte Pflanzenarten wurden im Untersuchungsgebiet nicht nachgewiesen. Zum Schutz der Brut sind die Baumaßnahmen sowie mögliche Gehölzentnahmen außerhalb der Brutzeit durchzuführen. Zusätzlich sind zum Schutz der Bodenbrüter, wie beispielsweise der Feldlerche, sogenannte Lerchenfenster in den benachbarten Ackerflächen anzulegen.

Als Grundlage zur Erstellung der SaP wurde im Juni 2011 eine „Erfassung der Biotoptypen, Brutvogelvorkommen sowie Bewertung der Bedeutung der Fläche für die erfassten Artengruppen und des besonderen Artenschutzes im Bereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 16 Erweiterung der Biogasanlage Hollenkamp – Stadt Celle“ erstellt (vgl. Anlage 7). Hierbei wurden im Plangebiet vorkommende, in ihrem Bestand bedrohte Vogelarten erfasst.

Das Plangebiet ist somit von Bedeutung für die Avifauna. Insgesamt wurden im Untersuchungsgebiet 34 Vogelarten nachgewiesen, wovon 3 in Bremen und Niedersachsen zu den in ihrem Bestand gefährdeten Arten zählen und 4 Arten auf der Vorwarnliste der Roten Liste vermerkt sind. Die im Plangebiet vorgefundenen Vogelarten sind zum überwiegenden Teil lediglich während der Bauphase von Störungen betroffen. Die Arten der offenen Landschaft, insbesondere die Feldlerchen verlieren durch die geplante Biogasanlagenerweiterung einen kleinen Teil ihres Lebensraumes und können durch die Baumaßnahmen gestört werden, sofern diese innerhalb der Brut- und Jungenaufzuchtphase durchgeführt werden. Zum Schutz der Feldlerche, werden in den benachbarten Ackerflächen sogenannte „Lerchenfenster“ angelegt. Bei Einhaltung der Bauzeiten außerhalb der Brut- und Jungenaufzuchtzeiten und der Anlage von Lerchenfenstern, kann insgesamt nicht von einer schwerwiegenden Störung ausgegangen werden.

Berücksichtigung der Ziele des Umweltschutzes

Zur Beachtung der vorgenannten allgemeinen wie besonderen Ziele des Umwelt- und Naturschutzes wird im Folgenden eine differenzierte Betrachtung des Plangebiets durchgeführt.

7.4 Umweltzustand

Zustand von Natur und Landschaft

Die Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Zustands von Umwelt, Natur und Landschaft berücksichtigt die Schutzgüter des Natur- und Umweltschutzes gemäß den Vorgaben des § 1 Abs. 6 Nr. 7 Baugesetzbuch (BauGB). Der Umweltbericht hingegen basiert auf der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB.

Beschreibung

Zentrale Datengrundlage für die folgende Beschreibung der Flächen im Plangebiet bildet eine Biotoptypenkartierung, die in der Vegetationsperiode 2011 durchgeführt wurde. Hierzu wurde der Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (Drachenfels, 2011) angewendet.

Die Wahl der Datengrundlage „Biotoptypen“ basiert auf der Annahme, dass diese zu einem hohen Grad geeignet sind, den Zustand von Natur und Landschaft abzubilden. Dies ist gängige Praxis im Sinne der §§ 1 Abs. 6 Nr. 7 in Verbindung mit der Anlage zu § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB.

Entsprechend oben zitierter Vorgaben des Baugesetzbuchs erfolgt die Berücksichtigung der „Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ auf Basis einer Betrachtung sogenannter „Schutzgüter“.

Folgende Schutzgüter des § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB werden im Rahmen des vorliegenden Umweltberichts geprüft:

- Mensch
- Pflanzen und Tiere
- Boden
- Wasser
- Klima / Luft
- Landschaftsbild
- Biologische Vielfalt
- Sonstige Sach- und Kulturgüter
- Schutzgebiete und -objekte
- Wechselbeziehungen zwischen den Schutzgütern

In Abhängigkeit des jeweils betrachteten Schutzgutes wurden die Daten der Biotoptypenkartierung um die Daten weiterer Quellen, zum Beispiel des Landschaftsrahmenplans des Landkreises Celle und des Avifaunistischen Gutachtens sowie um Aussagen der zuständigen Stellen wie beispielsweise der Naturschutzbehörde, ergänzt.

Bewertung

An die Beschreibung der einzelnen Schutzgüter schließt sich deren Bewertung an. In Niedersachsen, wie auch in anderen Bundesländern, werden in der Regel genormte Bewertungs- und Kompensationsmodelle angewandt. Hier ist das Modell des Niedersächsischen Städtetags in der aktuellen Fassung aus dem Jahr 2008 verwendet worden.

Für die Schutzgüter Arten und Lebensgemeinschaften sieht das Modell eine Bewertung in einer 6-stufigen Werteskala (0-5) vor. Hierbei gilt:

Tab. 2: Wertfaktoren nach dem Modell des Niedersächsischen Städtetags (2008)

Wertfaktor 5:	Schutzgüter mit sehr hoher Bedeutung
Wertfaktor 4:	Schutzgüter mit hoher Bedeutung
Wertfaktor 3:	Schutzgüter mit mittlerer Bedeutung
Wertfaktor 2:	Schutzgüter mit geringer Bedeutung
Wertfaktor 1:	Schutzgüter mit sehr geringer Bedeutung
Wertfaktor 0:	Schutzgüter weitgehend ohne Bedeutung

Mensch

Ein Großteil der Flächen des Plangebiets wird derzeit bereits als Standort für eine Biogasanlage genutzt und dient somit der Erzeugung von Erneuerbaren Energien. Die restlichen Bereiche des Plangebietes werden landwirtschaftlich genutzt und dienen somit der Erzeugung von Produkten für die Nahrungsmittelerzeugung. Die Flächen um den Standort der Biogasanlage werden vorwiegend ackerbaulich genutzt oder bestehen aus Waldflächen. Eine „gute fachliche Praxis“ in der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen sowie der Biogasanlage vorausgesetzt, kann nicht erkannt werden, dass von der aktuellen Nutzung Gefährdungen für die menschliche Gesundheit ausgehen.

Neben den zeitweiligen Geruchsimmissionen durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der angrenzenden Flächen sowie die Nutzung der Biogasanlage sind zusätzlich Schallimmissionen durch den Lieferverkehr zur Biogasanlage zu erwarten.

⇒ Dem Plangebiet wird eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Mensch zugewiesen.

Pflanzen und Tiere

Die folgende Beschreibung und Bewertung des untersuchten Raumes als Lebensstätte für Pflanzen und Tiere findet auf Basis der „Erfassung der Biotoptypen, gefährdeter Pflanzenarten und Brutvogelvorkommen sowie Bewertung der Fläche für die erfassten Artengruppen im Bereich des VBB Celle Nr. 16 „Biogasanlage Hollenkamp“ Stadt Celle“ statt (vgl. Biotoptypenkarte, Anlage 1, sowie Anlage 2). Der Untersuchungsraum der Biotoptypenkartierung ist deutlich größer gewählt als der Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, da in der näheren Umgebung zum Geltungsbereich eine Vielzahl an unterschiedlichen Biotopen und somit auch eine Vielzahl an potenziellen Habitaten für besonders und streng geschützte Arten zu erwarten sind. Die Biotoptypen des Geltungsbereichs und der näheren Umgebung sind somit auch Basis für die Bewertung des Bereichs als Lebensraum für streng und besonders geschützte Arten.

Im Genehmigungsverfahren für die bestehende Anlage wurden Anpflanzungsmaßnahmen im Bereich der Biogasanlage geplant. Die Umsetzung ist bis zum heutigen Datum nicht, bzw. nur teilweise erfolgt, da sich bei der Biotoptypenerfassung deutlich weniger Gehölzbestände im Bereich des Sondergebietes befanden, als durch die Planung der bestehenden Biogasanlage vorgesehen war. Die genaue Lage der Maßnahmen für die Bestandsanlage sind dem Grünordnungsplan (Anlage 11) zu entnehmen.

Die Bewertung der Biotoptypen folgt der Systematik von Drachenfels (2011) und basiert im Wesentlichen auf dem Kriterium „Bedeutung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen“. Daneben finden die Kriterien „Gefährdung“, „Seltenheit“ sowie „Naturnähe“ Eingang in die Bewertung.

Biotoptypen innerhalb des Geltungsbereiches der Bauleitplanung

Biogasanlage (OKG)

Ungefähr die Hälfte des Plangebietes wird als Standort für eine Biogasanlage mit den dazugehörigen Nebeneinrichtungen genutzt.

⇒ Als Lebensstätte für Pflanzen und Tiere kommt den vollversiegelten Bereichen der Biogasanlage nahezu keine Bedeutung und den restlichen Bereichen eine sehr geringe Bedeutung zu.

Grünland-Einsaat (GA)

Nördlich angrenzend an die bestehende Biogasanlage befindet sich eine Fläche, die erst kurz vor der Erfassung der Biotoptypen als Grasacker eingesät worden ist, da die Saatreihen noch sehr deutlich erkennbar sind. Dominierende Art der Einsaat ist Vielblütiger Lolch (*Lolium multiflorum*).

- ⇒ Aufgrund des jungen, lückigen Bewuchses kommt der Grünland-Einsaat als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine sehr geringe Bedeutung zu.

Kiefernforst (WZK)

Der Bereich südlich der bestehenden Biogasanlage sowie ein Bereich westlich des Geltungsbereiches weisen eine sehr deutliche Dominanz von Kiefern (*Pinus sylvestris*) auf. Vereinzelt kommen Birken (*Betula pendula*) und Ebereschen (*Sorbus aucuparia*) vor, die sich aus Samenanflug entwickelt haben.

Der Unterwuchs ist artenarm, häufig findet sich nur die Draht-Schmiele (*Avenella flexuosa*) und hin und wieder die Brombeere (*Rubus fruticosus* agg.), im Randbereich kommen krautige Arten der angrenzenden Biotoptypen vor.

- ⇒ Den Kieferforsten kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine geringe Bedeutung zu.

Sonstige befestigte Fläche (OF)

Die Zufahrt zur bestehenden Biogasanlage stellt sich als befestigte Fahrfläche dar, Sie wurde genau wie alle anderen befestigten Fahrwege auf dem Biogasanlagengelände asphaltiert ausgeführt.

- ⇒ Die sonstigen befestigten Fahrflächen sind bezogen auf die Bedeutung als Lebensraum für Pflanzen und Tiere weitgehend ohne Bedeutung zu.

Baumreihe (HBA)

Im westlichen Bereich des Waldstückes, welcher an die als Fußballplatz genutzte Rasenfläche angrenzt stockt eine Baumreihe aus Stieleichen (*Quercus robur*).

- ⇒ Der Baumreihe kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine geringe Bedeutung zu.

Biotoptypen die gemäß Ausgleichsplanung zur bestehenden Biogasanlage vorhanden sein sollten

Naturnahes Feldgehölz (HN)

Nördlich der Silagelagerfläche der Bestandsanlage war die Pflanzung eines naturnahen Feldgehölzes vorgesehen. Dieses sollte aus Bäumen und Sträuchern der folgenden Arten bestehen: Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*), Stechpalme (*Ilex aquifolium*), Faulbaum (*Rhamnus frangula*), Besenginster (*Cytisus scoparius*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Stieleiche (*Quercus robur*), Sandbirke (*Betula verrucosa*) und Zitterpappel (*Populus tremula*).

- ⇒ Dem Naturnahen Feldgehölz käme als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine hohe Bedeutung zu.

Strauch-Baumhecke (HFM)

Entlang der östlichen, westlichen und südlichen Flurstücksgrenze war jeweils die Anlage einer 6 – 8 m breiten Strauch-Baumhecke mit der folgenden Artenzusammensetzung vorgesehen: Sandbirke (*Betula verrucosa*), Besenginster (*Cytisus scoparius*), Faulbaum (*Rhamnus frangula*), Stechpalme (*Ilex aquifolium*), Zitterpappel (*Populus tremula*), Stieleiche (*Quercus robur*), Salweide (*Salix caprea*), Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*) und Eberesche (*Sorbus aucuparia*).

- ⇒ Der Strauch-Baumhecke kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine mittlere Bedeutung zu.

Einzelbäume (HB)

Östlich der Silagelagerfläche war die Pflanzung von heimischen und standortgerechten Einzelbäumen in einem Raster von 10 m x 10 m geplant. Vorgesehen waren die folgenden Arten: Sandbirke (*Betula verrucosa*), Stieleiche (*Quercus robur*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*) und Zitterpappel (*Populus tremula*).

- ⇒ Den Einzelbäumen als Lebensraum für Pflanzen und Tiere kommt aufgrund ihrer Altersstruktur eine geringe Bedeutung zu.

Biotoptypen des festgelegten Untersuchungsbereiches

Fichtenforst (WZF)

Zwei Flächen in der Nähe eines Wohnhauses sind mit einem reinen Fichten-Bestand (*Picea abies*) bestockt. Die Bestände weisen praktisch keinen krautigen Unterwuchs auf.

- ⇒ Dem Fichtenforst wird eine geringe Bedeutung zugeordnet.

Strauchhecke (HFS)

Zur Abgrenzung des vorhandenen Stalles zum angrenzenden Grünland wurde eine artenreiche Gebüschhecke aus überwiegend einheimischen Arten angelegt. Häufig kommen Weißdorn (*Crataegus laevigata*), Hasel (*Corylus avellana*) und Weiden (*Salix* div.spec.) vor, vereinzelt Birken (*Betula pendula*) und Ebereschen (*Sorbus aucuparia*) werden sich mit der Zeit zu Überhältern entwickeln.

- ⇒ Die Strauchhecke verfügt, als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, über eine mittlere Bedeutung

Baumreihe (HBA)

Beiderseits der als Fußballplatz genutzten Rasenfläche stockt eine Reihe Stieleichen (*Quercus robur*). Die Eichen verfügen über Stammdurchmesser von bis zu 60 cm. Der Unterwuchs setzt sich aus den Grünlandarten der angrenzenden Fläche zusammen.

- ⇒ Der Baumreihe kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine mittlere Bedeutung zu.

Sonstiges naturnahes nährstoffreiches Stillgewässer (SEZ)

Ein ursprünglich künstlich angelegter Teich hat sich zu einem naturnahen Gewässer entwickelt.

Durch abgeschrägte Ufer begünstigt hat sich ein Röhrichtstreifen aus Flatterbinse (*Juncus effusus*), Rohrglanzgras (*Phalaris arundinacea*) und wenigen Großseggen (*Carex acuta*).

- ⇒ Dem sonstigen naturnahen, nährstoffreichen Stillgewässer kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine sehr hohe Bedeutung zu.

Nährstoffreicher Graben (FGR)

Durch die Ackerflächen verläuft ein dauerhaft wasserführender Graben. Bedingt durch die angrenzenden Maisäcker verfügt er über eine mehr als ausreichende Nährstoffversorgung.

Auf der Grabensohle wurden vereinzelt Bachbungen (*Veronica beccabunga*) gefunden, weitere Arten kommen, wohl als Folge der regelmäßigen Räumung des Gewässers, nicht vor. Die Grabenböschungen sind mit verschiedenen Gräsern und Kräutern wie dem Knäuelgras (*Dactylis glomerata*) und der Brennessel (*Urtica dioica*) bewachsen, in der Nähe der Grabensohle findet sich häufig die Flatterbinse (*Juncus effusus*).

- ⇒ Dem Nährstoffreichen Graben wird, bezogen auf seine Qualitäten als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine mittlere Bedeutung beigemessen.

Intensivgrünland trockener Mineralböden (GIT)

Eine Fläche im Untersuchungsgebiet wird als Grünland intensiv genutzt. Es handelt sich um einen artenarmen, nährstoffreichen Bestand, der als Weide genutzt wird.

Die dominierenden Grasarten sind neben dem Wiesen-Fuchsschwanz (*Alopecurus pratensis*) vor allem das Gemeine Rispengras (*Poa trivialis*) und das Wollige Honiggras (*Holcus lanatus*). Kräuter sind außer dem Kriechenden Hahnenfuß (*Ranunculus repens*) und dem Löwenzahn (*Taraxacum officinale*) selten. In einigen Bereichen finden sich allerdings Nährstoffzeiger wie der Stumpfbültrige und der Krause Ampfer (*Rumex obtusifolius* und *crispus*).

- ⇒ Dem Intensivgrünland trockener Mineralböden kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine geringe Bedeutung zu.

Artenreicher Scherrasen (GRR)

Die Scherrasen-Flächen werden als Zierrasen bzw. zum Fußballspielen genutzt.

Neben dem Einjährigen Rispengras (*Poa annua*) finden sich überall Gänseblümchen (*Bellis perennis*), Ferkelkraut (*Hypochoeris radicata*) und Löwenzahn (*Taraxacum officinale*).

- ⇒ Der artenreiche Scherrasen verfügt über eine sehr geringe Bedeutung in Bezug auf seine Qualitäten als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.

Halbruderales Gras- und Staudenflur trockener Standorte (UHT)

Im Randbereich einer befestigten, als Parkplatz genutzten Fläche findet sich ein Vegetationsbestand vorwiegend aus niedrigwüchsigen, tritt- und trockenresistenten Arten. Grund hierfür ist neben der gelegentlichen Nutzung dieser Fläche als Park- und Wendeplatz ein deutlicher Schotteranteil im Boden, der zu einer raschen Abtrocknung führt.

Die Vegetation besteht hauptsächlich aus Einjährigem Rispengras (*Poa annua*) und Rotem Straußgras (*Agrostis capillaris*), daneben kommen Jakobs-Greiskraut (*Senecio jacobaea*), kleine Exemplare von Rainfarn (*Tanacetum vulgare*) und Ferkelkraut (*Hypochoeris radicata*) vor.

- ⇒ Der halbruderalen Gras- und Staudenflur trockener Standorte kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine mittlere Bedeutung zu.

Halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte / Adlerfarnflur auf Sand- und Lehmböden (UHM/UMA)

Dieser Bestand stockt auf einer Fläche, die wahrscheinlich bis vor wenigen Jahren ebenfalls als Weihnachtsbaum-Plantage genutzt wurde, da die vorhandenen Adlerfarn-Bestände (*Pteridium aquilinum*) bevorzugt diese Bestände besiedeln.

Neben dem Adlerfarn setzt sich die Vegetation vor allem aus Rainfarn (*Tanacetum vulgare*), Brennessel (*Urtica dioica*), Gemeinen Rispengras (*Poa trivialis*) und Land-Reitgras (*Calamagrostis epigeios*) zusammen.

- ⇒ Der als halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte / Adlerfarnflur auf Sand- und Lehmböden kartierten Fläche wird in Bezug auf seine Qualität als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine mittlere Bedeutung zugeordnet.

Acker (A)

Ein wesentlicher Teil des Untersuchungsgebietes wird als Maisacker genutzt.

Die Bestände weisen praktisch keine krautige Vegetation auf, nur im Randbereich finden sich Arten wie die Hühner-Hirse (*Echinochloa crusgalli*), die eine sehr hohe Versorgung des Standortes mit Nährstoffen anzeigen.

- ⇒ Dem Acker kommt als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine sehr geringe Bedeutung zu.

Landwirtschaftliche Lagerfläche (EL)

Eine Fläche im Randbereich der Weihnachtsbaum-Plantage wird als Lagerfläche sowohl für Landmaschinen als auch für organische Stoffe und Gärtnereibedarf genutzt.

Die Fläche weist eine sehr schütterere Vegetation auf, die sich aus den Arten der angrenzenden halbruderalen Gras- und Staudenflur zusammensetzt.

- ⇒ Der landwirtschaftlichen Lagerfläche wird als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine sehr geringe Bedeutung beigemessen.

Weihnachtsbaum-Plantage (EBW)

Diese Fläche ist mit potentiellen Weihnachtsbäumen unterschiedlicher Arten bepflanzt. Da die Gehölze erst wenige Jahre alt sind, ist zwischen ihnen ausreichend Wuchsraum für weitere krautige Pflanzen.

Der Bewuchs setzt sich im Wesentlichen aus Arten der angrenzenden halbruderalen Gras- und Staudenflur zusammen.

- ⇒ Der Weihnachtsbaumplantage wird als Lebensraum für Pflanzen und Tiere eine sehr geringe Bedeutung zugemessen.

Tiere / Besonderer Artenschutz

Im Rahmen der Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplans wurde ein Avifaunistisches Gutachten erstellt. Neben den Biotoptypen wurden auch die Brutvogelvorkommen innerhalb des Untersuchungsraumes erfasst. Es konnten insgesamt 34 Arten nachgewiesen werden, wobei es sich überwiegend um Arten handelt, die ihren Verbreitungsschwerpunkt in gehölzreichen Gärten und / oder Gebüschern der offenen Landschaft haben. Zudem bevorzugen drei der erfassten Arten offene Bereiche. Werden Schutzmaßnahmen, wie die Anlage von Lerchenfenstern und der Bau außerhalb der Brut- und Jungenaufzuchtzeiten eingehalten, können keine erheblichen Störungen der vorkommenden Vogelarten erkannt werden. Neben den vorkommenden Vogelarten konnten keine weiteren besonders und streng geschützten Tierarten innerhalb des Untersuchungsraumes nachgewiesen werden. Artenschutzrechtliche Belange die der Planung entgegenstehen können somit nicht erkannt werden.

Boden

Folgende Daten zu den im Geltungsbereich der Bauleitplanung befindlichen Böden lassen sich aus der Digitalen Bodenkarte des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung¹ entnehmen:

Tab. 3: Bodenmerkmale nach niedersächsischer Bodenkarte

Geologischer Profiltyp	Geschiebedecksand = Geschiebelehm über glazifluvialen Ablagerungen
Bodenartlicher Profiltyp	Lehmiger Sand / Sand
Reliefform	Platte
Bodentyp	Pseudogley Braunerde

Entsprechend der naturräumlichen Gliederung zählt das Plangebiet zu der naturräumlichen Einheit der Oberen Allerniederung sowie zu den Untereinheiten der *Wolthausener Niederung* und der *Arloher Sandplatten*. Die Wolthausener Niederung bildet den Übergang zwischen dem Geestgebiet und dem allerbegleitenden Dünenstreifen. In diesem Bereich haben sich durch häufige Überschwemmungen mehr oder weniger humose, abdichtende Tonschichten entwickelt, welche zu einer Vernässung der Niederung und somit zu einer Vermoorung geführt haben. Die Arloher Sandplatten sind durch ein vorwiegend sandiges, schwach welliges Grundmoränenplateau geprägt, hier sind überwiegend die Böden Podsol und Braunerde Podsol vorhanden. Im südlichen Bereich überwiegen Geschiebemergel- und Geschiebelehmbestandteile. Hier sind Braunerden und Parabraunerden vorherrschend.

Im Rahmen der Planung zu der bestehenden Biogasanlage wurde im Jahr 2007 eine Baugrunduntersuchung durchgeführt. Diese bestätigt die oben getroffenen Aussagen zum Boden innerhalb des Plangebietes.

Die Einstufung des Schutzguts „Boden“ erfolgt nach der Naturnähe gemäß dem Modell des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (NMELF) 2002.

¹ Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung (1997): Bodenkarte für Niedersachsen. Hannover.

Tab. 4: Einstufung des Schutzguts Boden gemäß NMELF 2002

Bedeutung	Bereich	Einstufungskriterien
Wertstufe V (von besonderer Bedeutung)	Böden unter altem Laubwald Böden (moorig) unter Erlenbruch	- besonders hohe Naturnähe - besondere Standorteigenschaften und hohe Naturnähe
Wertstufe IV (von besonderer bis allgemeiner Bedeutung)	Böden unter einer die natürlichen Standorteigenschaften repräsentierenden Vegetation	- hohe Naturnähe
Wertstufe III (von allgemeiner Bedeutung)	Böden unter schützender, aber nicht standorttypischer Vegetationsdecke	- bedingt Naturnähe (durch anthropogene Nutzung überprägt; Bodenfunktionen noch gegeben)
Wertstufe II (von geringer bis allgemeiner Bedeutung)	überformte Böden	- durch anthropogene Nutzung sehr stark überprägte Böden - Beeinträchtigung der Bodenfunktionen - Risiko von Stoffeinträgen durch die Nutzung
Wertstufe I (von geringer Bedeutung)	versiegelte, verdichtete oder überbaute Böden	- durch anthropogene Nutzung sehr stark bis vollständig überprägte Böden - vollständiger Verlust der Bodenfunktionen

⇒ Unter Berücksichtigung der Naturnähe und des gegenwärtigen Zustands des Bodens innerhalb des Plangebiets kommt dem Schutzgut nach dem NMELF 2002 für die bereits versiegelten Bereiche eine geringe Bedeutung und für die bisher nicht versiegelten Bereichen eine allgemeine Bedeutung zu.

Wasser

Innerhalb des Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplans befinden sich keine Oberflächengewässer. Das nächste Oberflächengewässer ist die etwa 75 m nördlich des Geltungsbereiches gelegene, sogenannte Riete. Die Riete verläuft vollständig außerhalb des Plangebietes, aufgrund der ausgedehnten, im nördlichen Bereich des Geltungsbereiches gelegenen Flächen für Maßnahmen, wird davon ausgegangen, dass die Riete durch die vorliegende Planung nicht beeinträchtigt wird. In der weiteren Beschreibung bleibt die Riete daher unberücksichtigt.

In der Beschreibung der Ist-Situation des Geltungsbereichs wird somit lediglich auf das Schutzgut Grundwasser eingegangen. In Bezug auf das Schutzgut Grundwasser ist der vorhandene Boden zu betrachten. Die Bedeutung des Grundwassers resultiert aus der Nutzung des Bodens sowie seiner gegenwärtigen Bedeutung als Teil eines Gebiets zur Bildung und / oder Nutzung von Grundwasser.

Die Schutzgüter Boden und Wasser sind unmittelbar miteinander verknüpft. Der anstehende Boden verfügt gemäß des Landschaftsrahmenplans (in Aufstellung befindlich) eine hohe Nitratauswaschungsgefährdung. Durch die sandigen Bestandteile im Boden ist eine Versickerung in geringem Maße möglich. Im Grundwasserstock besteht daher eine erhöhte Gefahr der Nitratanreicherung. Das Grundwasser wurde gemäß des vorhandenen Baugrundgutachtens in einer Tiefe zwischen 1,2 m und 2,1 m unter der Geländeoberkante gemessen.

⇒ Im Ergebnis wird dem Plangebiet in Bezug auf das Schutzgut Wasser / Grundwasser insgesamt eine mittlere Bedeutung zugeordnet.

Klima / Luft

Klimatisch zählt das Plangebiet zum maritim-kontinentalen Übergangsbereich. Die maritimen Einflüsse sind jedoch noch stark ausgeprägt, was sich durch einen ausgeglichenen Tagesverlauf mit geringen Temperaturschwankungen, hohe Niederschlagswerte und hohe Windgeschwindigkeiten ausdrückt. Die Sommer sind mäßig kalt und niederschlagreich, die Winter feucht und selten extrem kalt.

Der in Aufstellung befindliche Landschaftsrahmenplan stuft das Plangebiet zum überwiegenden Teil als Freilandklimatop ein, lediglich der Bereich der bestehenden Biogasanlage wird als Stadtrandklimatop dargestellt. Dies bedeutet, dass es sich überwiegend um einen ungestörten Bereich handelt, der durch einen stark ausgeprägten Tagesgang von Temperatur und Feuchte geprägt ist. Zudem ist der Bereich des Plangebiets weitestgehend windoffen und verfügt über eine starke Frisch- und Kaltluftproduktion.

⇒ Insgesamt kann dem Schutzgut Klima / Luft eine mittlere Bedeutung beigemessen werden.

Landschaftsbild

Kriterien für die Bewertung des Landschaftsbilds sind die „Eigenart“, „Vielfalt“ und „Erlebbarkeit“ / „Schönheit“ (Quelle: Köhler, B. & Preiß, A., 2000) des Plangebiets. Durch das Kriterium „Eigenart“ wird angegeben, in welchem Umfang ein Landschaftsbild noch Naturtypisches wiedergibt bzw. inwieweit es schon nivelliert ist. So weisen z. B. Natur- und alte Kulturlandschaften eine hohe „Eigenart“ auf. Die „Vielfalt“ des Landschaftsbilds ergibt sich aus dem Wechsel von Strukturen und Elementen, die für den jeweiligen Ausschnitt von Natur und Landschaft nach Art und Ausprägung landschaftsbildrelevant und naturraumtypisch sind. Die „Erlebbarkeit“ eines Gebiets wird vor allem durch die Dichte und Ausgestaltung der Erschließungswege, also der Nutzbarkeit durch den Menschen beeinflusst.

Im Landschaftsrahmenplan (in Aufstellung befindlich) der Stadt Celle wird die Landschaft mit einer mittleren Bedeutung für das Landschaftsbild beschrieben. Demnach ist das Landschaftsbild durch die folgenden Punkte geprägt:

- eine deutliche Überprägung durch menschliche Nutzung,
- natürlich wirkende Biotoptypen im geringen Umfang vorhanden,
- natürliche Eigenentwicklung der Landschaft vereinzelt erlebbar,
- vereinzelte Elemente der naturraumtypischen Kulturlandschaft vorhanden, fortgeschrittene Nivellierung der Nutzungsformen durch intensive Landnutzung
- geringe naturraumtypische Vielfalt an Flächennutzungen und Landschaftselementen.

Betrachtet man die unterschiedlichen Kriterien zur Landschaftsbildbewertung und die Beschreibung aus dem in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplan der Stadt Celle, wird deutlich, dass durch die starke anthropogene Überprägung die Eigenart der Landschaft lediglich in einem geringen Umfang erhalten ist. Die ursprüngliche landwirtschaftliche Nutzung wurde durch den Bau der Biogasanlage aufgegeben. Die ursprüngliche Eigenart der Landschaft ist durch die Nutzung als Biogasanlagenstandort bereits weitestgehend verloren gegangen. Innerhalb des Geltungsbereiches gilt dies auch für die Vielfalt der Landschaft. Durch die unterschiedlichen angrenzenden Biotoptypen und den Wechsel zwischen freier Landschaft und bewaldeten Gebieten ist im Umfeld eine gewisse Vielfalt der Landschaft gegeben, auch wenn die naturraumtypische Vielfalt an Flächennutzungen und Landschaftselementen insgesamt als gering zu bewerten ist. Das Plangebiet an sich ist aufgrund fehlender Wegeverbindungen innerhalb des Geltungsbereiches für den Menschen nicht erlebbar. Durch die Fernwirkung der bestehenden Biogasanlage und die an den Geltungsbereich angrenzenden Straßen und Wege ist das Plangebiet aber dennoch wahrnehmbar. Durch die Fernwirkung der bestehenden Biogasanlage ist das Landschaftsbild bereits als beeinträchtigt anzusehen.

⇒ Dem Schutzgut Landschaftsbild wird somit aufgrund der bereits vorhandenen Beeinträchtigungen insgesamt eine mittlere Bedeutung beigemessen.

Biologische Vielfalt

Innerhalb des Plangebiets sind unterschiedliche Biotoptypen anzutreffen (s. o.). Innerhalb des Plangebietes sind keine hohen Artenaufkommen zu erwarten. In der näheren Umgebung des Plangebiets ist eine Vielzahl an unterschiedlichen Biotopen vorhanden, hier ist zum Teil

mit einem höheren Artenaufkommen zu rechnen. Eine erhebliche Beeinträchtigung kann jedoch nicht erkannt werden.

- ⇒ In Bezug auf die Biologische Vielfalt wird dem Plangebiet insgesamt eine geringe Bedeutung zugemessen.

Sonstige Sach- und Kulturgüter

- ⇒ Innerhalb des Plangebietes sind keine Sach- und Kulturgüter von der Planung betroffen, damit bleibt dieses Schutzgut in der weiteren Betrachtung ohne Belang.

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Bedeutende Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die wesentlich über das Maß der Bedeutung der einzelnen Güter hinausgehen, können im vorliegenden Landschaftsausschnitt nicht erkannt werden.

- ⇒ Somit bleibt das Schutzgut Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern in der weiteren Betrachtung ohne Belang.

Tab. 5: Wertfaktoren innerhalb des Geltungsbereichs nach dem Modell des Niedersächsischen Städtetags (2008), Planzustand

Bewerteter Bereich	Flächengröße in m ²	Wertfaktor nach niedersächsischem Städtetag	Flächenwert
Biogasanlage (OKG) vollversiegelt	9.524	0	0
Biogasanlage (OKG) bisher nicht versiegelte Bereiche	10.739	1	10.739
Grünland-Einsaat (GA)	15.259	1	15.259
Sonstige befestigte Fläche (OF)	433	0	0
Baumreihe (HBA)	284	2	568
Kiefernforst (WZK)	6.950	2	13.900
Summe des Flächenwerts	43.189		40.466

* Wertfaktor 5: Schutzgüter mit sehr hoher Bedeutung
Wertfaktor 4: Schutzgüter mit hoher Bedeutung
Wertfaktor 3: Schutzgüter mit mittlerer Bedeutung

Wertfaktor 2: Schutzgüter mit geringer Bedeutung
Wertfaktor 1: Schutzgüter mit sehr geringer Bedeutung
Wertfaktor 0: Schutzgüter weitgehend ohne Bedeutung

7.5 Prognose der Umweltentwicklung sowie Darlegung von Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen (Eingriffsbilanz)

Rechtliche Grundlagen

Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind von den Kommunen bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen. Dies kommt im BauGB durch folgende Vorgaben zum Ausdruck:

- Nach § 1 Abs. 5 Satz 1 BauGB sollen Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, gewährleisten und dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.
- § 1 Abs. 6 Satz 1 Nr. 7 BauGB weist darauf hin, dass bei der Bauleitplanung die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen sind.
- In § 1a Abs. 3 BauGB wird weiter ausgeführt, dass die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in der Abwägung zu berücksichtigen sind (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz). Dabei sind die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Luft, das Wirkungsgefüge zwischen den Schutzgütern sowie die biologische Vielfalt zu betrachten.

Damit soll sichergestellt werden, dass das für eine Beurteilung der Belange des Umweltschutzes notwendige Abwägungsmaterial in einem ausreichenden Detaillierungsgrad zur Verfügung steht. Gleichzeitig wurden die bisher im Rahmen der Eingriffsregelung betrachteten Schutzgüter um das Schutzgut „Biologische Vielfalt“ erweitert. Eine andere (höhere) Gewichtung der Belange des Umweltschutzes geht damit jedoch nicht einher.

Von der Kommune ist weiterhin abwägend² darüber zu befinden, ob/in welchem Umfang nachteilige Folgen für Natur und Landschaft mittels Darstellungen und Festsetzungen über Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen zu kompensieren sind.

In § 1a Abs. 3 Satz 3 sowie § 200a BauGB wird deutlich gemacht, dass ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang zwischen Eingriff und Ausgleich nicht erforderlich ist, soweit dies mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und den Zielen der Raumordnung sowie des Naturschutzes und der Landschaftspflege vereinbar ist. Der Ausgleich kann somit auch an anderer Stelle als am Ort des Eingriffs erfolgen.

Durch § 1a Abs. 3 Satz 5 BauGB wird klargestellt, dass ein Ausgleich nicht erforderlich ist, sofern die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.

Für die vorliegende Bauleitplanung bedeutet dies, dass der durch die bestehende Biogasanlage bereits bebaute Bereich mit den entsprechend versiegelten Flächen bei der Eingriffs-Ausgleichs-Betrachtung nicht weiter zu berücksichtigen ist, gleichwohl hat der Vorhabenbezogene Bebauungsplan die Maßnahmen der Bestandsgenehmigung mit aufzunehmen (vgl. Kapitel 7.4.4.1).

Neben der Sicherung der Kompensationsmaßnahmen durch Plandarstellungen und -festsetzungen im Bauleitplan sieht § 1a Abs. 3 Satz 4 BauGB vor, dass anstelle von entsprechenden Planinhalten auch vertragliche Regelungen gemäß § 11 BauGB – d.h. städtebauliche Verträge über die Durchführung von Maßnahmen, die auf einen Ausgleich abzielen – oder sonstige Maßnahmen zum Ausgleich getroffen werden können. Alternativ können solche Regelungen auch im Durchführungsvertrag zu einem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit aufgenommen werden.

Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung

Die Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen stellt den ersten Schritt zur Anwendung der Eingriffsregelung dar. Entsprechend § 15 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) ist „der Verursacher eines Eingriffs [...] zu verpflichten, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen“.

Im Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 werden folgende Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt bzw. sind berücksichtigt worden:

- Nutzung eines Bereichs, der bereits der bestehenden Biogasanlage zuzuordnen ist.
- Nutzung von bereits vorhandenen Wegen und Erschließungsanlagen.
- Die geplanten baulichen Anlagen werden gestalterisch in Anlehnung an die bereits bestehenden Anlagenbestandteile errichtet. Die maximale Bauhöhe wird durch den Vorhaben und Erschließungsplan auf maximal 18 m im SO 1 und 10 m im SO 2 festgelegt, dadurch sind keine, über die bisherigen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes hinausgehenden Beeinträchtigungen des Schutzgutes zu erwarten.

² In diese Abwägung sind nicht nur die Vorteile für Natur und Landschaft, sondern auch die ggf. nachteilig berührten Belange einzustellen. Die dabei gebotene Ausrichtung auch der Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen an dem vom Abwägungsgebot erfassten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) dadurch umschrieben, dass Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen unterbleiben können, wenn sie „auch und gerade mit Blick auf § 1 Abs. 3, 5 und 6 BauGB unverhältnismäßige Opfer fordern“ (BVerwG, Beschluss vom 31.01.1997, Fußnote 5). Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein Westfalen (OVG NW) hat mit seinem Urteil vom 28. Juni 1995 (7a D 44/94 NE) klargestellt, dass Bebauungspläne, die von einer „...strikten, keiner Abwägung unterliegenden Pflicht zur möglichst vollständigen Vermeidung und zum vollen Ausgleich bzw. zur vollen ersatzweisen Kompensation der eingriffsbedingten Beeinträchtigungen ...“ ausgehen, an einem materiellen Mangel leiden würden, der zur Ungültigkeit der Satzung führte, da die Erfordernisse des Abwägungsgebots bzw. die zu beachtenden normativen Vorgaben des § 8a BNatSchG verkannt würden.

- Die Baukörpergestaltung (Farbgebung) wird durch gestalterische Festsetzungen geregelt. Die Farbgebung aller Außenwände sämtlicher baulicher Anlagen, inklusive der Dachflächen der Gär- und Lagerbehälter, hat in gedeckten, nicht glänzenden Grüntönen zu erfolgen. Untergeordnete Bauteile, wie beispielsweise Abluftrohre, sind davon ausgenommen.
- Es werden durch den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 lediglich Biotoptypen überplant, die auch weiterhin in der näheren Umgebung der Biogasanlage vorzufinden sind.
- Eingrünung der gesamten Anlage zur Minimierung des Eingriffs in das Landschaftsbild. Hierzu werden bestehende Strukturen erhalten und die Eingrünung weitergeführt.
- Zum Schutz von besonders und streng geschützten Vogelarten sind die Baumaßnahmen sowie mögliche Gehölzentnahmen außerhalb der Brut- und Jungenaufzuchtzeiten durchzuführen.
- Zum Schutz von Bodenbrütern werden auf den angrenzenden Ackerflächen Lerchenfenster angelegt.

Voraussichtliche Beeinträchtigungen

Mensch

Mit der Realisierung der Erweiterung der Biogasanlage sind in Bezug auf das Schutzgut Mensch weder während der Bauphase noch dauerhaft erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten. Die Anlage ist auch heute schon von den vorhandenen Wegen einsehbar, diese Beeinträchtigung wird durch die Erweiterung nicht in erheblichem Umfang verstärkt. Bei dieser Einschätzung wird ein bestimmungsgemäßer Betrieb der Biogasanlage vorausgesetzt. Durch die Erweiterung der bestehenden Biogasanlage wird die landwirtschaftliche Nutzfläche im Umfeld reduziert, im gleichen Zuge allerdings der Anteil an erneuerbaren Energie erhöht, sodass diese Energie mehr Menschen in der Bevölkerung zur Verfügung steht als bisher.

Um die Schallimmissionen der erweiterten Biogasanlage auf das Schutzgut Mensch abschätzen zu können wurde ein schalltechnisches Gutachten erstellt. Dieses kommt zu dem Ergebnis, dass auch nach Erweiterung der Biogasanlage keine Beeinträchtigungen an den nächstgelegenen Wohnbebauungen zu erwarten sind. Innerhalb des Schalltechnischen Gutachtens wurde auch die erhöhte Verkehrsbelastung berücksichtigt, da durch den geänderten Input mit einer deutlich erhöhten Verkehrsbelastung im Anlagenbereich zu rechnen ist. Die erhöhte Verkehrsbelastung hat dabei ebenfalls keine Auswirkungen auf die nächstgelegene Wohnbebauung.

Auch die zu erwartenden Geruchsmissionen der erweiterten Biogasanlage wurden durch eine Gutachterliche Stellungnahme betrachtet. Die Stellungnahme kommt zu dem Ergebnis, dass die Immissionswerte der Geruchsmissionsrichtlinie (GIRL) an allen benachbarten Wohngebäuden unterschritten werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Menschen bezogen auf die Geruchsmissionen kann somit nicht erkannt werden.

⇒ Im Ergebnis kann dem betrachteten Gebiet in Bezug auf das Schutzgut Mensch auch in Zukunft eine geringe Bedeutung beigemessen werden.

Pflanzen und Tiere

Zur Ermittlung der Eingriffe in das Schutzgut Pflanzen und Tiere werden neben den Biotoptypen, die innerhalb des Geltungsbereichs der Bauleitplanung liegen auch die Ergebnisse der Speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (siehe Anlage 7 zu dieser Begründung) berücksichtigt.

Durch die vorliegende Planung ist der innerhalb des Geltungsbereichs liegende Biotoptyp Biogasanlage betroffen. Mit der zukünftigen Erweiterung der Biogasanlage kommt es temporär (während der Bauphase durch Baumaßnahmen und Lieferverkehr) und dauerhaft (durch Bodenversiegelung) zu einem vollständigen Verlust der vorhandenen Lebensräume. Biotoptypen, die außerhalb des Sondergebietes liegen sowie der Bereich des Waldes sowie der

Baumreihe innerhalb des Geltungsbereiches sind entsprechend zu sichern und somit zu keiner Zeit in ihrem Bestand gefährdet.

Aufgrund der bereits bestehenden Biogasanlage sind potenziell keine Schädigungen von besonders und streng geschützten Arten innerhalb des Geltungsbereiches des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans zu erwarten. Um die Störungen für die vorkommenden Vogelarten während der Bauphase so gering wie möglich zu halten, wird in den zu erstellenden Durchführungsvertrag ein Bauverbot in der Brutzeit festgelegt.

- ⇒ Im Ergebnis kommt dem Biotoptyp Biogasanlage nach Durchführung der Planung weiterhin in den vollversiegelten Bereichen nahezu keine Bedeutung und den restlichen Bereichen eine sehr geringe Bedeutung zu.

Boden

Durch die vorgesehene Erweiterung der bestehenden Biogasanlage wird eine weitere Versiegelung des anstehenden Bodens planungsrechtlich vorbereitet. Für den Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans wird eine Überschreitung durch Zufahrten, innere Erschließungswege, Abstellflächen und sonstige für den Betrieb erforderliche Nebenanlagen bis zu einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,75 festgesetzt. Dies bedeutet, dass maximal 75 % der Grundstücksfläche im Plangebiet versiegelt werden dürfen.

- ⇒ Im Ergebnis kommt dem Geltungsbereich in Bezug auf das Schutzgut Boden auch weiterhin für die bereits versiegelten Bereiche eine geringe Bedeutung zu, gleiches gilt für die zusätzlich versiegelbaren Bereiche. Den Flächen, die außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche liegen, wird weiterhin eine mittlere Bedeutung zugeschrieben.

Wasser

Mit Realisierung der durch die Bauleitplanung zusätzlich ermöglichten Bauvorhaben, insbesondere mit der Erweiterung der Silagelagerfläche sowie dem Neubau eines Gärproduktlagers kommt es zur Überbauung und Versiegelung von Boden. In Folge dessen gehen die Grundwasserneubildungsfunktion sowie die Filterfähigkeit des Bodens im überbauten Bereich vollständig verloren.

Da es sich um die Erweiterung einer bestehenden Anlage handelt, werden die Erweiterungsbauten genau wie die restlichen Anlagenteile an ein Entwässerungssystem angeschlossen, so dass anfallendes sauberes Niederschlagswasser über ein neu zu errichtendes Regenrückhaltebecken im Süden des Anlagengeländes gefasst werden kann. Anfallendes verunreinigtes Wasser wird in einem Sickersaftschaft gesammelt und der Biogasanlage als flüssiges Medium zugeführt. Das Wasser kann somit insgesamt im natürlichen Wasserkreislauf gehalten werden

- ⇒ Nach der Erweiterung der Biogasanlage kommt dem Geltungsbereich in Bezug auf das Schutzgut Grundwasser für die versiegelten Bereiche eine geringe Bedeutung und für die nicht versiegelten Flächen weiterhin eine mittlere Bedeutung zu.

Klima / Luft

Das Schutzgut Klima / Luft wird durch die vorliegende Planung nicht beeinträchtigt. Die zusätzlich überbaubare Fläche ist zu klein, um eine Auswirkung auf das Lokalklima zu entwickeln. Das Freilandklimatop wird durch die geplanten Baumaßnahmen nicht erheblich beeinträchtigt. Die positiven Auswirkungen auf das Klima durch die Substitution fossiler Brennstoffe tragen zu den übergeordneten Klimazielen bei, werden aber voraussichtlich ebenfalls keine konkreten Auswirkungen auf das Lokalklima entwickeln.

- ⇒ Im Ergebnis kommt dem betrachteten Gebiet auch nach Durchführung der durch die vorliegende Bauleitplanung ermöglichten Bauvorhaben in Bezug auf das Schutzgut Klima / Luft eine mittlere Bedeutung zu.

Landschaftsbild

Da sich die geplante Erweiterung in einer durch die bestehende Anlage bereits deutlich beeinträchtigten Landschaftskulisse befindet und zudem der Geltungsbereich in zwei Teilberei-

che aufgegliedert ist, welche jeweils über eine gesonderte Höhenfestsetzung verfügen, ist hier von keiner zusätzlichen erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch die Anlagenerweiterung auszugehen.

- ⇒ Nach der Erweiterung der Biogasanlage kommt dem Geltungsbereich in Bezug auf das Schutzgut Landschaftsbild somit weiterhin eine mittlere Bedeutung zu.

Biologische Vielfalt

Durch die vorliegende Planung kommt es im Bereich des Biotoptyps Biogasanlage zu einer teilweisen Überplanung des bestehenden Biotops. Die im Plangebiet zu erwartenden Arten sind regional häufig. Durch die geplante Überbauung von Biotoptypen und der Einhaltung bestimmter Auflagen (siehe Kapitel besonderer Artenschutz) ist nicht mit einer negativen Beeinträchtigung der örtlichen biologischen Vielfalt zu rechnen, da es sich bei der Erweiterung um eine verhältnismäßig geringe überplante Fläche handelt. Darüber hinaus stehen in der näheren Umgebung ausreichend große Flächen als weitere Habitate zur Verfügung.

- ⇒ Im Ergebnis kann dem Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans in Bezug auf das Schutzgut Biologische Vielfalt nach Durchführung der ermöglichten Bauvorhaben weiterhin eine geringe Bedeutung zugesprochen werden.

7.5.1 Eingriffsbilanz

Die Entscheidung hinsichtlich der Kompensationserheblichkeit einer „Veränderung der Gestaltung oder Nutzung von Grundflächen“ (§ 5 NAGBNatSchG) sowie die Bemessung eines potenziellen Kompensationsumfangs richtet sich nach der „Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung“, herausgegeben vom Niedersächsischen Städtetag (2008).

Zur Ermittlung des Kompensationsbedarfs

Ausgehend von der Annahme, dass es sich bei der Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung um eine „worst-case“ Betrachtung handelt, werden die möglichen Versiegelungen im Bereich der höherwertigen Biotope angesiedelt.

Die Kompensationsmaßnahmen gliedern sich in die Maßnahmen zur bestehenden Biogasanlage, hierfür wurden im Plangebiet Flächen in einer Größenordnung von 8.890 m² vorgesehen (siehe Abbildung 2 im Grünordnungsplan, Anlage 11 zu dieser Begründung) und in die Maßnahmen für die geplante Erweiterung. Die bisher geplanten Maßnahmen liegen zum überwiegenden Teil in Bereichen, die im vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 als überbaubare Grundstücksflächen festgesetzt sind. Die Bereiche, die auch nach der Umsetzung der vorliegenden Planung erhalten bleiben, werden als Flächen für Maßnahmen festgesetzt, da diese Pflanzungen bisher noch nicht durchgeführt wurden. Die überplanten Kompensationsmaßnahmen der bestehenden Anlage werden innerhalb der weiteren Ausgleichsmaßnahmen für die Erweiterungsplanung ausgeglichen.

Innerhalb des Sondergebietes dürfen, der Festsetzung zum Maß der baulichen Nutzung entsprechend, noch 6.683 m² zusätzlich zu den bestehenden versiegelten Flächen versiegelt werden. Die noch überbaubare Fläche ergibt sich aus der Größe des Sondergebietes von 21.609 m² für die eine Überbauung bis zu einer GRZ von 0,75 als zulässig festgesetzt ist und der bereits genehmigten Versiegelung. Somit dürfen innerhalb des Sondergebietes insgesamt 16.207 m² versiegelt werden, wovon derzeit bereits eine Versiegelung 9.524 m² besteht. Es ergibt sich somit eine versiegelbare Fläche innerhalb des VBB Nr. 16 von 6.683 m². Geht man davon aus, dass alle Bereiche mit einer Wertigkeit von 3, die außerhalb der festgesetzten Flächen zum Anpflanzen liegen überplant werden, kommt es durch die vorliegende Planung zu einem Wertverlust von **20.049 Wertpunkten** (6.683 m² mit der Wertigkeit 3) im Bereich des Sondergebietes. Zusätzlich ist nördlich der bestehenden Biogasanlage die Anlage eines 4m breiten geschotterten Weges zulässig, hier entsteht ein weiterer Kompensationsbedarf von 600 Werteinheiten (600 m² mit der Wertigkeit 1). Um die Eingriffe an Natur und Landschaft sowie Boden ausgleichen zu können, muss somit ein Flächenausgleich von insgesamt **20.649 Wertpunkten** stattfinden. Um diesen zu erzielen, werden die folgenden Maßnahmen durchgeführt.

Tab. 6: Übersicht der Eingriffe

Größe SO in m²	festgesetzte GRZ	Maximal versiegelbare Fläche in m²	Bereits versiegelte Fläche in m²	Neu versiegelbare Fläche in m²	Wertfaktor	Kompensationsbedarf in Wertpunkten
21.609	0,75	16.207	9.524 m²	6.683	3	20.049
Anlage eines geschotterten Weges				600	1	600
Summe				7.283		20.649

Kompensationsmaßnahmen

Zur Kompensation der vorliegenden Planung sind unterschiedliche Maßnahmen geplant. Ein Teil der Kompensation wird innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans geleistet, hierfür werden nördlich des Sondergebietes eine Fläche für Maßnahmen, zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie eine Fläche für Wald festgesetzt.

Flächen für Maßnahmen, zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Der unmittelbar nördlich an das Sondergebiet angrenzende Bereich der bestehenden Grünland-Einsaat wird spätestens in der auf das Inkrafttreten des vorliegenden Bebauungsplans folgenden Pflanzperiode vollständig aus der Nutzung genommen und der natürlichen Sukzession überlassen. Die Fläche kann sich zu einem naturschutzfachlich wertvollen Bereich entwickeln, der die Biogasanlage, bzw. die Silagelagerfläche von der nördlich angrenzenden Fläche für Wald abgrenzt. Entlang der östlichen Grenze der Fläche ist die Anlage eines 4 m breiten geschotterten Weges zulässig. Die Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft verfügt abzüglich des zulässigen Weges (120 m²) über eine Größe von 2.755 m². Der Sukzessionsfläche wird, entsprechend des angewendeten Bewertungsmodells, eine Wertigkeit von 2 zugeordnet, somit ergibt sich eine Steigerung des Flächenwertes von insgesamt 2.755 Werteinheiten.

⇒ **Kompensation = 2.755 Wertpunkte**

Fläche für Wald

Der nördliche Bereich des Geltungsbereiches wird spätestens in der auf das Inkrafttreten der vorliegenden Planung folgenden Pflanzperiode aufgeforstet. Hierzu sind ausschließlich standortgerechte Laubgehölze aus forstlich zertifiziertem Saatgut regionaler Herkunft zu verwenden. Die zu verwendenden Arten sind mit der unteren Waldbehörde sowie dem zuständigen Forstamt der Landwirtschaftskammer bis zum Satzungsbeschluss abzustimmen. Die Umsetzung der Maßnahme ist über einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Celle sowie dem Vorhabenträger abzusichern. Im Rahmen der Aufforstungsplanung ist eine Standortkartierung der aufzuforstenden Fläche vorzunehmen, um die zu verwendenden Baumarten zu ermitteln.

Die gepflanzten Gehölze sind dauerhaft zu erhalten und in ihrem natürlichen Wuchshabitus zu entwickeln. Abgänge sind zu ersetzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB). Durch die Aufforstung der bisher als Grünland-Einsaat kartierten Bereiche, wird ein wirkungsvoller Sichtschutz auf den Geltungsbereich gewährleistet. Zudem werden aus naturschutzfachlicher Sicht hochwertige Bereiche geschaffen, die einer Vielzahl an Lebewesen ein neues Habitat bieten. Entlang der östlichen Grenze der Fläche für Wald ist die Anlage eines 4 m breiten geschotterten Weges zulässig. Zwischen der Wald- und der jeweiligen angrenzenden Wegefläche ist ein Sukzessionstreifen zu entwickeln.

Für die Kompensation werden abzüglich des zulässigen Weges 11.000 m² Grünland-Einsaat (Wertstufe 1) zu einem naturnahen Laubwald sowie einem Sukzessionstreifen entwickelt. Der Laubwald verfügt entsprechend dem Kompensationsmodell über die Wertstufe 5, da die Entwicklung eines Laubwaldes allerdings mehrere Jahre in Anspruch nimmt, wird lediglich eine Wertigkeit von 3 in die Berechnung eingestellt. Den Sukzessionstreifen kann ebenfalls eine Wertigkeit von 3 zugeordnet werden. Der Flächenwert der Grünland-Einsaat beträgt

11.000, der Flächenwert nach Abschluss der Maßnahme 33.000 Wertpunkte. Mit den geplanten Maßnahmen kann somit eine Aufwertung von 22.000 Wertpunkten erzielt werden.

⇒ **Kompensation = 22.000 Wertpunkte**

Tab. 7: Zusammenfassung der Kompensationsmaßnahmen

Maßnahme	Ist			Planung		
	Fläche in m²	Wertfaktor vorher	Flächenwert vorher	Wertfaktor nachher	Flächenwert nachher	Aufwertung
Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege, und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	2.755	1	2.755	2	5.510	2.755
Fläche für Wald	11.000	1	11.000	3	33.000	22.000
Summe	13.755		13.755		38.510	24.755

Zur Kompensation der Beeinträchtigungen der Lebensräume der Feldlerche werden in den, an das Plangebiet angrenzenden, ackerbaulich genutzten Flächen sogenannte Lerchenfenster angelegt. Hierbei handelt es sich um Bereiche innerhalb der Ackerflächen, die von der Einsaat ausgespart werden, um den Feldlerchen und anderen bodenbrütenden Arten ausreichend große Lebensräume zur Verfügung zu stellen. Die einzelnen Lerchenfenster sollen dabei eine Größe von jeweils ca. 20 m² aufweisen. Sinnvoll ist zudem die Anlage von zwei Lerchenfenstern pro Hektar, wobei ein ausreichend großer Abstand zu den Fahrgassen eingehalten werden sollte, um die Brut durch das Befahren der Gassen nicht unnötig zu stören. Die Platzierung der Lerchenfenster erfolgt in einem Abstand zum Feldrand von mindestens 25 m und zu Gehölzen von mindestens 50 m. Weiterhin sind die Fenster mittig zwischen zwei Fahrgassen anzuordnen. Auf den Flurstücken ist im Bereich der Lerchenfenster, sowie in einem Abstand von mindestens 25 m zu den Lerchenfenstern, auf den Anbau von Mais zu verzichten. Der Einsatz von Herbiziden und Pestiziden ist im Bereich der Lerchenfenster sowie in einem Umkreis von mindestens 2 m um die Lerchenfenster nicht erlaubt. Die Flächen auf denen die Lerchenfenster angelegt werden, wechseln dabei jedes Jahr. Im vorliegenden Fall sollten pro Jahr fünf Lerchenfenster angelegt werden. Die Flächen (insgesamt 12,65 ha), auf denen die Lerchenfenster angelegt werden (Gemarkung Celle, Flur 116 Flurstücke 16; 44/5; 44/6; 44/7; 44/9; 44/10; 44/11; 44/14, 46 (teilweise); 47/1; 47/3; 47/4; 48/2 sowie Flurstück 49/2), werden über einen Durchführungsvertrag zwischen Vorhabenträger und der Stadt Celle klar definiert damit eine Kontrolle durch die zuständige Untere Naturschutzbehörde ermöglicht wird. Diese Maßnahme dient ausschließlich der Avifauna und ist auf die restlichen Schutzgüter nicht anzurechnen.

Nach Durchführung der beschriebenen Maßnahmen, gelten die erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter als vollständig ausgeglichen. Zudem entsteht ein Kompensationsüberschuss von 4.106 Werteinheiten, die auf kommende Maßnahmen der Anlagenbetreiber angerechnet werden können.

7.6 Alternative Planungsmöglichkeiten

Eine Alternativplanung ist im vorliegenden Fall nicht zielführend, da es sich bei dem Vorhaben um die Leistungssteigerung einer bestehenden Biogasanlage handelt, die somit ausschließlich am bestehenden Standort durchführbar ist.

7.7 Beschreibung der Umweltprüfung

Zur Bestandsaufnahme der Biotoptypen wurde der Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (Drachenfels 2011) verwendet.

Zur Betrachtung des Besonderen Artenschutzes wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (SaP) durchgeführt (vgl. Anlage 10). Als Grundlage hierfür wurde im Juni 2013 eine

„Erfassung der Biotoptypen, gefährdeter Pflanzenarten und Brutvogelvorkommen sowie Bewertung der Flächen für die erfassten Artengruppen im Bereich des VBB Celle Nr. 16 „Biogasanlage Hollenkamp“ Stadt Celle“ durch das Büro „Dipl. Biol. Dieter von Barga - Faunistische und Floristische Erfassung – Landschaftsplanung“ erstellt (vgl. Anlage 2).

Hinsichtlich der Schutzgüter Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaftsbild und Biologische Vielfalt wurde auf allgemein zugängliche Planwerke, insbesondere den in Aufstellung befindlichen Landschaftsrahmenplan der Stadt Celle und die Daten des Landschaftsplans der Stadt Celle zurückgegriffen.

Für die Beschreibung der geruchstechnischen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch wurde im Mai 2012 eine Gutachterliche Stellungnahme durch das Büro Barth & Bitter Gutachter im Arbeits- und Umweltschutz GmbH erstellt (vgl. Anlage 4).

Das Schalltechnische Gutachten „Immissionsprognose für die Erweiterung einer Biogasanlage in Celle / Klein Hehlen“ aus dem August 2012 wurde durch das Büro ECO Akustik Ingenieurbüro für Schallschutz Dr. F. Thomas & H. Schmidl GbR erstellt und für die Beschreibung der schalltechnischen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch herangezogen. (vgl. Anlage 3)

Vor dem Hintergrund, dass lediglich allgemein weit verbreitete und überwiegend intensiv genutzte Biotoptypen innerhalb des Geltungsbereiches des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 16 erfasst wurden, wird davon ausgegangen, dass die derzeitige Situation von Natur und Landschaft ausreichend detailliert dargestellt und bewertet werden kann.

Die Bewertung des derzeitigen Zustands und die Ermittlung der möglichen erheblichen Beeinträchtigungen richten sich nach der „Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung“, herausgegeben vom Niedersächsischen Städtetag (2008).

7.8 Monitoring

Die Überwachung der Plan-Umsetzung, betreffend die erheblichen Umweltauswirkungen entsprechend den Anforderungen des § 4c BauGB, erfolgt durch den Vorhabenträger und wird im Durchführungsvertrag zu diesem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan geregelt.

Zu diesem Zwecke erfolgt nach der Pflanzperiode zu Beginn der Erschließungs-/Hochbaumaßnahme auf Kosten des Vorhabenträgers durch fachlich geeignete Dritte eine Begehung (Durchführungskontrolle). Das Anwachsen der Gehölze innerhalb der Anwachsgarantie (3 Jahre) wird kontrolliert. Sollten keine unvorhergesehenen nachteiligen Auswirkungen festgestellt werden, so sind weitere Begehungen lediglich bedarfsorientiert durchzuführen.

Zusätzlich wird in Bezug auf zum Zeitpunkt der Planaufstellung nicht absehbare erhebliche Auswirkungen auf die bestehenden Überwachungssysteme der Fachbehörden und deren Informationsverpflichtung nach § 4 Abs. 3 BauGB zurückgegriffen.

7.9 Zusammenfassung

Mit dem vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 der Stadt Celle soll die Erweiterung der Biogasanlage am Standort Hollenkamp planungsrechtlich vorbereitet werden.

Die Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB hat ergeben, dass die vorliegende Planung erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere zur Folge hat, diese aber durch die geplanten Kompensationsmaßnahmen vollständig ausgeglichen werden können.

Die zusätzlich geplanten baulichen Anlagen führen nicht zu einer zusätzlichen erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Dennoch werden im nördlichen Bereich des Geltungsbereiches großflächige Aufforstungen vorgenommen, um das Schutzgut Landschaftsbild zusätzlich aufzuwerten.

Durch die vorgesehene geplanten Maßnahmen auf der Fläche für Maßnahmen, zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, sowie auf der festgesetzten Fläche für Wald, können die erheblichen Beeinträchtigungen in Höhe von **20.649 Wert-einheiten** vollständig kompensiert werden. Zusätzlich entsteht ein Kompensationsüberschuss von 4.106 Werteinheiten, welcher auf weitere bauliche Maßnahmen der Anlagenbetreiber angerechnet werden können. Zum Schutz der Avifauna, und hier vor allem der bodenbrütenden Arten ist die Anlage von jährlich fünf sogenannten Lerchenfenstern in den angrenzenden Ackerflächen vorgesehen.

Nach Durchführung der Kompensationsmaßnahme gelten die erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter Boden sowie Pflanzen und Tiere als vollständig ausgeglichen.

8 Auswirkungen der Planung

Auswirkungen auf den Verkehr

Dieser Aspekt kann durch die Produktionssteigerung und den damit verbundenen benötigten größeren Substratmengen tangiert werden. Da jedoch in der Umgebung kein übermäßiger Verkehrsfluss besteht sind negative Auswirkungen nicht zu erwarten (vgl. Anlage 9, Verteilung der bestehenden und zu erwartenden Fahrverkehre im Bereich der Biogasanlage Hollenkamp).

Unter Berücksichtigung der zu erwartenden anlagenbezogenen Verkehre werden zudem die bestehenden vertraglichen Regelungen zwischen dem Anlagenbetreiber und der Stadt Celle überprüft und gegebenenfalls den erhöhten Anforderungen entsprechend angepasst, um im Falle eines entsprechenden Genehmigungsantrages die gesicherte Erschließung bescheinigen zu können.

Auswirkungen auf die lokale Ökonomie

Durch die Vorbereitung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung einer Biogasanlage, die mit nachwachsenden Rohstoffen und Gülle betrieben wird, wird die Existenzgrundlage des beteiligten Betriebs und ggf. zuliefernder Betriebe gesichert und damit ein Beitrag zur langfristigen Sicherung von Erwerbsmöglichkeiten im ländlichen Raum geleistet. Zudem wird durch den geplanten Ausbau des dezentralen Wärmenetzes die Abhängigkeit auch anderer Betriebe von nicht regenerierbaren Energiequellen, wie Erdöl oder Gas reduziert.

Zugleich bietet die geplante Erweiterung der bestehenden Biogasanlage zur Erzeugung von Energie aus nachwachsenden Rohstoffen die Möglichkeit, den Zielen und Grundsätzen des Landesraumordnungsprogramms in besonderem Maße Rechnung zu tragen. Diese Ziele sind insbesondere die Unterstützung der Entwicklung der technischen Infrastruktur und der raumstrukturellen Standortpotentiale sowie der Nutzung einheimischer Energieträger und erneuerbarer Energien.

Die Belange der lokalen Ökonomie werden somit befördert.

Folgekosten

Die beschriebenen Anlagenerweiterungen, Neu- und Umbaumaßnahmen sowie sämtliche sich direkt aus der Planung ergebenden Kosten werden durch den Vorhabenträger getragen. Weitere Folgekosten für Dritte sind nicht zu erwarten.

9 Kosten und Finanzierung

9.1 Finanzielle Auswirkungen auf Dritte

Für die Stadt Celle werden durch die vorliegende Planung keinerlei Kosten entstehen. Weitergehende Kosten werden vom Vorhabenträger übernommen, genaueres regelt der Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan.

9.2 Art der Finanzierung

Die Finanzierung der beschriebenen Vorhaben wird durch den Vorhabenträger die Bio-Energie Kl.-Hehlen GmbH u. Co. KG ggf. im Rahmen einer Kreditaufnahme sichergestellt.

10 Realisierung

Vor Satzungsbeschluss über diesen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird zwischen Vorhabenträger und der Stadt Celle ein Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 BauGB geschlossen, der insbesondere Regelungen der Kostenübernahme zum Gegenstand hat.

11 Verfahren

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 28.09.2010 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 16 der Stadt Celle gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 28.12.2013 ortsüblich bekannt gemacht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB hat vom 07.01.2014 bis zum 07.02.2015, die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vom 22.01.2014 (Datum des Absendens der Stellungnahmeaufforderungen) bis zum 21.02.2014 stattgefunden.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB wurde in der Zeit vom 27.01.2015 (Datum des Absendens der Stellungnahmeaufforderungen) bis zum 27.02.2015 durchgeführt.

Der Ortsrat Klein Hehlen ist gemäß § 94 Abs. 1 NKomVG in seiner Sitzung am 09.12.2014 bezüglich dieses Bauleitplanverfahrens angehört worden.

Der Rat der Stadt Celle hat in seiner Sitzung am 15.07.2014 dem vom instara ausgefertigten Entwurf zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 und der zugehörigen Begründung zugestimmt und seine Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Der Beschluss über die Öffentliche Auslegung sowie deren Ort und Dauer wurden am _____._____ gemäß § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 und die zugehörige Begründung sowie wesentliche, bereits vorliegende umweltbezogene Gutachten bzw. Stellungnahmen haben in der Zeit vom 27.01.2015 bis zum 27.02.2015 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Parallel dazu wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 27.01.2015 (Datum des Absendens der Stellungnahmeaufforderungen) bis zum 27.02.2015 durchgeführt.

Der Rat der Stadt Celle hat den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 16 nach Prüfung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am _____._____ als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie die zugehörige Begründung beschlossen.

12 Rechtsgrundlagen

Es gilt das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. April 2011 (BGBl. I S. 619), das zuletzt am 20. Oktober 2015 geändert wurde.

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), die zuletzt am 11. Juni 2013 geändert wurde.

Es gilt die Planzeichenverordnung (PlanzV) in der Fassung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58) die zuletzt am 22. Juli 2011 geändert wurde.

Aufgestellt:

instara

Institut für Stadt- und Raumplanung GmbH
Vahrer Straße 180 28309 Bremen

Bremen, den 25.11.2014 / 09.05.2016

.....

Städtebauliche Kenndaten und Flächenbilanz

Flächengrößen nach Nutzungsart

Fläche „Sondergebiet Biogasanlage“		21.609 m ²
<i>darin enthaltene „Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“</i>	<i>2.239 m²</i>	
Fläche „Wald“		18.706 m ²
Fläche „Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft.“		2.875 m ²
<hr/> Gesamtfläche Geltungsbereich		43.189 m²